



Die Expedition ist Herrenstrasse Nr. 20.

No 86.

Dinstag den 11. April

1848.

Schlesische Chronik.

Heute wird Nr. 29 des Beiblattes der Breslauer Zeitung „Schlesische Chronik“ ausgegeben. Inhalt: 1) Die Feudallasten und die Gegenwart. 2) Correspondenz aus Breslau, Liegnitz, Landeshut, Kreuzburg.

3) Verschiedene Nachrichten. 4) Breslauer Klubb-Blatt, als Beilage zur Schles. Chronik.

1) Die Feudallasten und die Gegenwart. 2) Correspondenz aus Breslau, Liegnitz, Landeshut, Kreuzburg.

Inland. Wahlgesetz

für die

zur Vereinbarung der preussischen Staats-Verfassung zu berufende Versammlung.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen u. c.

verordnen, nach Anhörung Unserer zum vereinigten Landtage versammelten getreuen Stände, auf den Antrag Unseres Staats-Ministeriums, was folgt:

§ 1. Jeder Preusse, welcher das 24ste Lebensjahr vollendet und nicht den Vollbesitz der bürgerlichen Rechte in Folge rechtskräftigen richterlichen Erkenntnisses verloren hat, ist in der Gemeinde, worin er seit sechs Monaten seinen Wohnsitz oder Aufenthalt hat, stimmberechtigter Urwähler, insofern er nicht aus öffentlichen Mitteln Armen-Unterstützung bezieht.

§ 2. Die Urwähler einer jeden Gemeinde wählen auf jede Vollzahl von fünfhundert Seelen ihrer Bevölkerung Einen Wahlmann. Erreicht die Bevölkerung einer Gemeinde nicht fünfhundert, übersteigt aber dreihundert Seelen, so ist sie dennoch zur Wahl eines Wahlmannes berechtigt. Erreicht aber die Bevölkerung einer Gemeinde nicht dreihundert Seelen, so wird die Gemeinde durch den Landrath mit einer oder mehreren zunächst angrenzenden Gemeinden zu Einem Wahlbezirk vereinigt. — In Gemeinden von mehr als tausend Seelen erfolgt die Wahl nach Bezirken, welche die Gemeinde-Behörden in der Art zu begränzen haben, daß in einem Bezirke nicht mehr als fünf Wahlmänner zu wählen sind. — Bewohnte Besitzungen, welche nicht zu einem Gemeinde-Verbande gehören und nicht wenigstens 300 Seelen enthalten, werden durch den Landrath behufs der Urwahlen der zunächst gelegenen Stadt- oder Landgemeinde zugewiesen.

§ 3. Jeder ist nur in dem Wahlbezirk zum Wahlmann wählbar, worin er als Urwähler stimmberechtigt ist.

§ 4. Die Wahl der Wahlmänner erfolgt durch Stimmzettel nach absoluter Stimmenmehrheit der Erschienenen.

§ 5. Jeder Preusse, der das 30ste Lebensjahr vollendet und den Vollbesitz der bürgerlichen Rechte nicht verliert hat (§ 1), ist im ganzen Bereiche des Staats zum Abgeordneten wählbar.

§ 6. Für jeden landrätlichen Kreis, so wie für jede Stadt, welche zu keinem landrätlichen Kreise gehört, soll Ein Abgeordneter und Ein Stellvertreter gewählt werden. — Erreicht die Bevölkerung des Kreises oder der Stadt sechzig Tausend Seelen, so werden zwei Abgeordnete gewählt, und es tritt für fernere Vollzahl von vierzig Tausend Seelen Ein Abgeordneter hinzu, so daß für hundert Tausend Seelen Drei, für hundertvierzig Tausend Seelen Vier Abgeordnete u. s. w. gewählt werden.

§ 7. Die Zahl der Bevölkerung bestimmt sich überall nach der im Jahre 1846 stattgehabten amtlichen Zählung.

§ 8. In den Städten werden die Urwahlen der Wahlmänner durch Beauftragte des Magistrats und da, wo kein Magistrats-Kollegium besteht, des Bürgermeisters geleitet. — Ueber die Leitung der Urwahlen auf dem Lande wird mit Rücksicht auf die bestehende Verschiedenartigkeit der ländlichen Gemeinde-Einrichtungen Unser Staats-Ministerium das Erforderliche in dem über die Ausführung des Wahlgesetzes zu erlassenden Reglement (§ 12) feststellen. — Die Wahlen der Abgeordneten und Stellvertreter werden in den Kreisen durch die Landräthe und in den Städten, welche zu

keinem landrätlichen Kreise gehören, durch Beauftragte des Magistrats, beziehungsweise des Bürgermeisters, geleitet.

§ 9. Die Wahl der Abgeordneten und Stellvertreter erfolgt durch selbstgeschriebene Stimmzettel nach absoluter Stimmenmehrheit aller Erschienenen, und zwar bei den Kreiswahlen in dem Hauptorte des Kreises. — Wo mehr als drei Abgeordnete zu wählen sind, soll die Wahl nach Bezirken erfolgen, welche die zur Leitung der Wahl berufenen Behörden abzugränzen haben.

§ 10. Die gewählten Abgeordneten stimmen in der zu berufenden Versammlung nach ihrer eigenen unabhängigen Ueberzeugung und sind an Austräge oder Instruktionen nicht gebunden.

§ 11. Die Prüfung der Richtigkeit der Wahl ist Sache der künftigen Versammlung.

§ 12. Die zur Ausführung dieses Gesetzes sonst noch erforderlichen Anordnungen hat Unser Staats-Ministerium in einem zu erlassenden Reglement zu treffen.

§ 13. Die auf Grund des gegenwärtigen Gesetzes zusammentretende Versammlung ist dazu berufen, die künftige Staats-Verfassung durch Vereinbarung mit der Krone festzustellen und die seitherigen reichsständischen Befugnisse namentlich in Bezug auf die Bewilligung von Steuern und Staats-Anleihen für die Dauer ihrer Versammlung interimistisch auszuüben. — Urkundlich unter Unserer Höchstseigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem königlichen Insignel.

Gegeben Berlin, den 8. April 1848.

(L. S.) Friedrich Wilhelm.

Camphausen. Gr. v. Schwerin. v. Auerswald. Dr. Bornemann. Arnim. Hansemann. v. Reyher.

Reglement

zur

Ausführung des Wahlgesetzes vom 8. April d. J., für die

zur Vereinbarung der preussischen Staats-Verfassung zu berufende Versammlung

§ 1. (Bestimmungen über die Abgränzung der Wahlbezirke.) Die Landräthe und in den Städten, welche zu keinem landrätlichen Kreise gehören, die Magistrate, und da wo kein Magistrat besteht, die Bürgermeister haben unverzüglich nach Maßgabe der Bestimmungen des § 2 des Wahlgesetzes vom 8. April d. J. die nöthigen Einleitungen zur Begränzung der Bezirke für die Urwahlen zu treffen.

§ 2. (§ 2 des Gesetzes.)

Sie haben also festzustellen:

- 1) zu welchem Wahlbezirk diejenigen Gemeinden und zu einem Gemeinde-Verbande nicht gehörigen Besitzungen, deren Bevölkerung nicht 300 Seelen erreicht, vereinigt werden sollen. Der so gebildete Wahlbezirk steht in Beziehung auf die Zahl der zu wählenden Wahlmänner einer Gemeinde von derselben Volkszahl gleich;
- 2) die Zahl der auf die einzelnen Wahlbezirke fallenden Wahlmänner nach den gesetzlichen Verhältnissen.

Wie viel Wahlbezirke in den zu einem landrätlichen Kreise gehörenden Gemeinden von mehr als 1000 Einwohnern gebildet werden sollen, bestimmen die Gemeinde-Behörden unter Aufsicht des Landraths.

Da kein Bezirk mehr als 5 Wahlmänner wählen soll, so ergibt sich, daß kein Bezirk volle 3000 Einwohner enthalten darf.

§ 3. (§ 8 d. s. Gesetzes.) — Urwahlen. In den Städten, in welchen die Städte-Ordnung von 1808 oder 1831 eingeführt ist, wird die Wahl durch Beauftragte des Magistrats, in den übrigen Städten durch

Beauftragte des Bürgermeisters geleitet. In den Landgemeinden ist in der Regel die Orts-Polizei-Obrigkeit oder die Ortsbehörde mit der Leitung der Wahl zu betrauen. Da, wo dies in kleinen Gemeinden Schwierigkeit findet, und bei Zusammenlegung mehrerer Ortschaften zu einem Wahlbezirk bleibt es dem Ermessen des Landraths überlassen, auch einen anderen wahlberechtigten Einwohner des Wahlbezirks zum Wahl-Kommissar zu ernennen.

§ 4. In jeder Gemeinde wird sofort von der Orts-Behörde ein namentliches Verzeichniß aller nach § 1 des Wahlgesetzes vom 8. April d. J. stimmberechtigten Wähler aufgestellt und zu Jedermanns Einsicht in einem zu bestimmenden Lokal ausgelegt, auch daß solches geschehen, öffentlich bekannt gemacht. Wer sich darin übergangen glaubt, hat seine Einwendungen binnen 3 Tagen nach der Bekanntmachung anzugeben und zu beschreiben. Die Entscheidung über die Reklamation steht für diesmal dem Landrath resp. Magistrat oder Bürgermeister zu.

§ 5. Die Wahlen in allen Wahlbezirken werden im ganzen Umfange der Monarchie am 1. Mai d. J. abgehalten. Wenn in demselben Orte mehrere Wahlbezirke sind, so werden sie in denselben überall zur nämlichen Stunde vorgenommen.

§ 6. Die Wähler sind zur Wahl durch öffentliche Bekanntmachung in ortsüblicher Weise vorzuladen.

§ 7. Abwesende können in keiner Weise durch Stellvertreter oder sonst an der Wahl theilnehmen.

§ 8. In der Versammlung werden zunächst die Wählerlisten vorgelesen, die erschienenen Wähler als anwesend verzeichnet und jeder nicht stimmberechtigte Anwesende zum Abtreten veranlaßt.

§ 9. Aus der Mitte der Anwesenden ernennt der Wahl-Kommissar einen Protokollführer und 2 bis 8 Stimmzähler und verpflichtet sie mittelst Handschlags an Eidesstatt.

§ 10. Der Wahl-Kommissar läßt durch die Stimmzähler gestempelte Stimmzettel an die einzelnen Wähler austheilen.

§ 11. Jeder Wähler schreibt auf den ihm übergebenen Zettel den Namen des von ihm gewünschten Wahlmanns. Zettel, auf welchen mehr als Ein Name oder der Name einer nicht wählbaren Person geschrieben steht, oder aus welchen der Gewählte nicht unzweifelhaft zu erkennen ist, eben so ungestempelte Zettel sind ungültig. — Wähler, welche nicht schreiben können, lassen ihren Stimmzettel durch einen oder mehrere vom Wahl-Kommissar hierzu bestimmte Stimmzähler schreiben.

§ 12. Die Stimmzettel werden von den Stimmzählern gesammelt und in das vor dem Wahl-Kommissar und dem Protokollführer stehende Gefäß gelegt.

§ 13. Die uneröffneten Zettel werden laut gezählt. Sollte diese Zählung durch ein mit der Zahl der Anwesenden im Mißverhältnis stehendes Resultat Bedenken erregen, so sind Wahl-Kommissar und Stimmzähler befugt, die Abstimmung für ungültig zu erklären und eine neue anzuordnen.

§ 14. Nach vollendeter Einsammlung der Stimmzettel können später erschienene Wähler an dieser Abstimmung nicht mehr Theil nehmen, sind dagegen von den nach ihrem Erscheinen beginnenden Abstimmungen nicht ausgeschlossen und werden zu diesem Behufe nachträglich als anwesend verzeichnet.

§ 15. Die Stimmzettel werden durch einen Stimmzähler unter Vorzeigung an die übrigen und in Gegenwart der Versammlung laut verlesen, vom Protokollführer bei dem Namen des Kandidaten vermerkt und vorweg laut gezählt.

§ 16. Derjenige, welcher die absolute Stimmen-Mehrheit erhalten hat, ist für gewählt zu erklären.

§ 17. Zur absoluten Stimmen-Mehrheit gehört mehr als die Hälfte der gültigen Stimmzettel.

§ 18. Hat sich eine absolute Mehrheit nicht ergeben, so sind diejenigen 5 Kandidaten, welche die meisten Stimmen erhalten haben, auf eine engere Wahl zu bringen. Wird auch bei dieser Wahl keine absolute Mehrheit erreicht, so sind diejenigen beiden Kandidaten, welche die meisten Stimmen in der engeren Wahl erhalten haben, auf eine zweite engere Wahl zu bringen. Tritt in dieser letzten Wahl Stimmen-Gleichheit ein, so entscheidet das Loos, welches durch die Hand des Wahl-Kommissars gezogen wird. — Bei Ausmittlung derjenigen Kandidaten, welche nach den vorstehenden Vorschriften auf eine engere Wahl zu bringen sind, entscheidet bei Stimmen-Gleichheit ebenfalls das Loos.

§ 19. Bei engeren Wahlen sind die Stimmzettel mit anderen Namen als den auf die engere Wahl gebrachten Kandidaten ungültig.

§ 20. Ueber die Gültigkeit einzelner Stimmzettel entscheiden Wahl-Kommissar und Stimmzähler.

§ 21. In Wahlbezirken, wo mehr als Ein Wahlmann zu wählen ist, findet vorstehendes Verfahren mit der Maßgabe statt, daß für jeden Wahlmann eine besondere Wahlhandlung vorzunehmen ist.

§ 22. Das Wahl-Protokoll, welches nach den anliegenden Formularen aufzunehmen ist, wird vom Wahl-Kommissar, den Stimmzählern und dem Protokollführer unterzeichnet und dem Landrath resp. Magistrat oder Bürgermeister eingereicht, welchen die Prüfung der Wahl in formeller Beziehung zusteht.

§ 23. Wenn gegen die formelle Gültigkeit einer Wahl Bedenken obwalten, so sind dieselben der Versammlung der Wahlmänner vorzulegen, welche darüber entscheidet, und sodann mit Ausschließung des Wahlmannes, dessen Wahl für ungültig erklärt ist, unmittelbar zu ihrem ordentlichen Wahlgeschäfte fortschreitet.

§ 24. (Wahl der Abgeordneten und Stellvertreter.) Der Landrath resp. Magistrat oder Bürgermeister stellt aus den eingereichten Wahl-Verhandlungen ein Verzeichnis der Wahlmänner auf und ladet dieselben zur Wahl des oder der vom Wahlkreis zu wählenden Abgeordneten und Stellvertreter schriftlich ein.

§ 25. Die Wahl der Abgeordneten und Stellvertreter wird im ganzen Umfang der Monarchie am 8. Mai d. J. vorgenommen.

§ 26. Bei der Wahl der Abgeordneten und Stellvertreter kommen die Vorschriften der vorstehenden §§ 7 bis 21 zur Anwendung, mit Ausnahme der §§ 9 und 18, an deren Stelle folgende Bestimmungen treten.

§ 27. Die Stimmzähler und der Protokollführer werden von den anwesenden Wahlmännern aus ihrer Mitte durch absolute Stimmen-Mehrheit gewählt und vom Wahl-Kommissar mittelst Handschlags an Eidesstatt verpflichtet.

§ 28. Hat sich auf einen Kandidaten die absolute Stimmenmehrheit vereinigt, so ist derselbe als gewählt zu erklären. — Hat sich keine absolute Stimmenmehrheit ergeben, so wird zu einer weiteren Abstimmung geschritten. Dabei kann keinem Kandidaten die Stimme gegeben werden, welcher bei der ersten Abstimmung keine oder nur Eine Stimme gehabt hat. — Die zweite Abstimmung wird unter den übrigbleibenden Kandidaten in derselben Ordnung wie die erste vorgenommen. Jeder Stimmzettel ist ungültig, welcher einen anderen als die in der Wahl gebliebenen Kandidaten enthält. — Wenn auch die zweite Abstimmung keine absolute Mehrheit ergibt, so fällt je in der folgenden Abstimmung derjenige, welcher die wenigsten Stimmen hatte, aus der Wahl, bis die absolute Mehrheit sich auf einen Kandidaten vereinigt hat. Stehen sich Mehrere in der geringsten Stimmzahl gleich, so entscheidet unter ihnen das Loos, welches aus der Wahl fällt.

§ 29. Wenn die Abstimmung nur zwischen zwei Kandidaten noch stattfindet und jeder derselben die Hälfte der gültigen Stimmen auf sich vereinigt hat, entscheidet das Loos, welches durch die Hand des Wahl-Kommissars gezogen wird.

§ 30. In den Versammlungen, sowohl der Urwähler als der Wahlmänner, dürfen keine Diskussionen stattfinden, noch Beschlüsse gefaßt werden, vorbehaltlich der im §. 23 der Versammlung der Wahlmänner überwiesenen Prüfung.

§ 31. Sämmtliche Verhandlungen über die Wahl sowohl der Wahlmänner als der Abgeordneten werden vom Landrath resp. Magistrat oder Bürgermeister dem Ober-Präsidenten eingereicht, welcher dieselben, mit seinem Gutachten versehen, dem Minister des Innern zur weiteren Mittheilung an die Abgeordneten-Versammlung vorzulegen hat.

Berlin, den 8. April 1848.

Königliches Staats-Ministerium.
Camphausen. Graf von Schwerin. von
Auerwald. Dr. Bornemann. Anim. Hans-
semann. von Meyher.

Berlin, 8. April. Angekommen: Se. Durch-
laucht der Herzog Christian zu Schleswig-Hol-

stein-Sonderburg-Augustenburg, von Ham-
burg.

Wir sind ermächtigt, die aus der Vossischen
Zeitung in andere Blätter übergegangene Nachricht,
daß das Ministerium dem Banquier Schaafhausen in
Köln einen Vorschuß aus Staatsmitteln bewilligt habe,
für völlig ungegründet zu erklären. (A. Dr. Z.)

Z. Berlin, 8. April. In der letzten Nacht wurde
die Einwohnerschaft unserer Stadt durch Alarmruf aus
dem Schlafe geschreckt und in nicht geringe Unruhe ver-
setzt. Auf der Schloßwache hatte sich das Gerücht ver-
breitet, Haufen von Ruhestörern wollten in der Nacht
das Schloß angreifen, und während der Vorfürge halber
einigen Wachmannschaften der Auftrag gegeben wurde,
die Bürgergardisten aus den, dem Schloße zunächst ge-
legenen Bezirken in möglichster Stille zur Verstärkung
der Schloßwache herbeizuholen, griffen diese aus über-
triebenem Pflichteifer zu allen möglichen Mitteln des
Alarmirens, schlugen Generalmarsch, riefen „Bürger
heraus“ und brachten so die ganze Bevölkerung in
Bewegung. Die betreffenden Gerüchte erwiesen sich als
durchaus nichtig, indem kein Feind erschien, wie man
denn auch überhaupt darüber im Unklaren war, wer
der Feind sein solle und woher er kommen werde. —

Die Bewegungen unter unsern Arbeitern dauern fort,
und drohen ernstliche Störungen in unsern Gewerben,
wie damentlich auch in unsern Bauten herbeizuführen.
Besonders sind es die Kanalarbeiter, welche in jüngster
Zeit zu den Hauptruhestörern gehören. Die Berli-
ner Arbeiter sind eiferrüchtig auf eine Anzahl von
Schlesiern, welche hier als treue, fleißige und zuver-
lässige Arbeiter beim Kanalbau beschäftigt sind. Sie
verlangen die Entfernung derselben, und fordern außer-
dem höheres Tagelohn, wobei sie sich entschieden gegen
alle Akkordarbeiten aussprechen und diejenigen ihrer
Kameraden, welche solche Arbeiten übernehmen, durch
Mißhandlungen aller Art an der Fortsetzung derselben
hindern. In diesem letzten Zuge liegt eine treffende
Charakteristik des ganzen Treibens und Strebens dieser
Menschen. Ihre Feindschaft gegen die Akkordarbeiter
rührt ganz einfach daher, daß diese Fleiß und Mühe
anwenden, um durch redliche Pflichterfüllung sich ihr
Brot zu verdienen. — Die auf heute angesetzte Sitzung
des vereinigten Landtages hat wiederum nicht
stattgefunden, weil die mit der Begutachtung der Fi-
nanzvorlage beauftragte Abtheilung ihre Arbeiten noch nicht
vollendet hat. Mit Bestimmtheit wird versichert, daß
am Montag die nächste und wahrscheinlich die letzte
Landtags-Sitzung stattfinden werde. — Noch immer ist
die Anarchie in unsern öffentlichen Zuständen nicht ganz
gehoben, wie dies namentlich auch aus manchen Will-
kürlichkeiten hervorleuchtet, welche sich in dem Markt-
verkehr eingeschlichen haben. So besteht noch heute der
Unfug fort, daß die Kartoffeln den Verkäufern auch
wider ihren Willen zu 1 Sgr. die Maße fortgenommen
werden. Ein Bauer, welcher auf dem heutigen Markt
die Kartoffeln nicht zu diesem Preise verkaufen wollte
und mit seinem Wagen den Markt verließ, wurde von
der Menge verfolgt, welche ihm die Säcke vom Wagen
riß und den Inhalt derselben auf die Straße schüttete.
Solchem Unwesen zu steuern sollte sich doch unsere
Bürgergarde um so mehr angelegen sein lassen, als sie
die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung, so wie
die Sorge für die Sicherheit der Personen und des
Eigenthums zu ihrer Aufgabe gemacht hat.

Heute wurden die sieben ersten Bezirke, welche
das erste und zweite Bataillon der Bürgerwehr bilden,
von dem interimsistischen Kommandeur Herrn General-
Major v. Aschoff im Lustgarten inspiciert. Nachdem
derselbe sich das Präsentiren des Gewehres hatte vorher
verbitten lassen, ritt er die lange Front durch und hielt
bei jedem Bezirk, welcher eine Kompagnie bildet, und wo
die Offiziere vor der Front standen, einige Minuten
an, indem er etwa folgende Worte sprach: „Meine
Herren! Wir sehen uns heute zum erstenmale; ich kenne
Ihren Eifer, Sie jedoch den meinigen nicht. Ich bin
jetzt Ihr Werkzeug, ich gehöre Ihnen mit meiner ganzen
Kraft, zu jeder Stunde bei Tag und bei Nacht.
Wollen Sie mir Ihr Vertrauen schenken?“ Ein ein-
stimmiges „Ja“ erfolgte auf diese herzliche Ansprache.
„Nun denn,“ fuhr der General fort, „so gehört Ihnen
das meinige, meine ganze volle Kraft, das schwö-
e ich Ihnen!“ Nachdem die Inspektion so auf diese
Weise vollendet war, versammelte der General die
Hauptleute und Offiziere um sich, und nahm den Haupt-
leuten den Handschlag im Namen ihrer Kompagnien
ab, als Versicherung der gegenseitigen Einigkeit und
des Vertrauens. So verließen gegen 9 Uhr die Mann-
schaften der Bürgerwehr, deren Haltung übrigens, in
Erwägung ihres kurzen Bestehens, eine ausgezeichnete
zu nennen war, mit Trommelschlag den Platz. —
Morgen folgen die folgenden 17 Bezirke oder das 3.
und 4. Bataillon. — Im politischen Club hatten
sich mehrere hundert Arbeiter als Zuhörer eingefunden,
welche mit Ruhe und Aufmerksamkeit den Verhand-
lungen folgten. — Der Präsident Jung verliest eine
Aufforderung des Breslauer demokratischen Clubs des
Inhalts: Der politische Club möge sich mit ihm in
Verbindung setzen. Hierauf kommt die Proklamation
des demokratischen Centralvereins in Frankfurt an das

deutsche Volk zur Sprache. Herr Jung hält jedoch
eine ausführliche Debatte über diesen Gegenstand, die
nicht für angemessen, da derselbe in der auf Sonnabend
6 Uhr nach Livoli berufenen Volksversammlung erör-
tert werden soll. Man werde daselbst einen Protest
gegen die Wahlen des Landtages — die unter An-
reim der gewählte Professor Stahl Charakteristire —
vorschlagen. — Herr Schöffel, der in Frankfurt
zugegen war, sagt, daß man es dort zwar den
Regierungen überlassen habe, ob sie direkt oder
indirekt gewählte Deputirte senden wollen, daß
man aber darin einig gewesen sei, nur Vertreter
des Volkes, nicht auch Vertreter von Korporationen
und Ständen zuzulassen. Das preussische Volk möge
daher in einer Adresse seine Meinung aussprechen; der
Frankfurter Ausschuss werde auf die Stimme des Vol-
kes hören. — Herr Jung beantragt demzufolge eine
Adresse im Namen des politischen Clubs unabhängig
von der in Livoli zu beschließenden. (Z. H.)

Berlin, 9. April. Se. Majestät der König hat
ben allergnädigst geruht: Dem Dom-Dechanten Hoppe
zu Frauenburg, im Regierungsbezirk Königsberg, den
rothen Adlerorden 2. Klasse; dem Prälaten und Abte
der Benediktinerabtei zu Braunau in Böhmen, Dr.
Kotter, den rothen Adlerorden dritter Klasse; dem
Regimentsarzte beim hiesigen Kadettenhause, Dr. Lan-
genmayr, dem Journalisten beim Land- und Stadt-
Gericht zu Glogau, Leßmann und den Pfarrern
Heinrich zu Peterswalbau und Hummel zu Jakob-
kirch den rothen Adlerorden vierter Klasse; so wie dem
Major von Roon, aggregirt dem Generalstabe, dem
St. Johanniterorden und dem Gefreiten Hlawka vom
22. Infanterie-Regiment die Rettungs-Medaille am
Bande zu verleihen.

§ Berlin, 9. April. Man bemerkte gestern wie-
der sehr starke Bürgerpatrouillen, doch lief Alles ruhig
ab. Die Befürchtungen im Bürgerstande, daß es hier
noch zu einem Angriff auf das Eigenthum kommen
werde, dauern leider fort, und lähmen jedes Geschäft.
Tag für Tag haben wir hier zahlreiche Versammlun-
gen, Kellner, welche die Trinkgelber für sich in An-
spruch nehmen, Schneider, die durchaus die Kleider-
läden abgeschafft wissen wollen u. s. w. — Alles regt
sich, nachdem es so lange zurückgedrückt war. — Herr
Lyburski veröffentlicht im Namen des polnischen Na-
tionalkomitees in Posen ein Plakat, worin er das he-
denmüthige Volk von Berlin vor den reaktionären
Bestrebungen im Großherzogthum warnt und die Ber-
liner auffordert, Männer von Kopf und Herz nach
Posen zu schicken, die sich von dem Ungrunde der über-
die dortigen Zustände verbreiteten Sagen unterrichten
möchten. Die Polen — schließt Herr L. — wollen
weiter nichts, als sich gegen ihren und der Deutschen
gemeinschaftlichen Feind, den Czaaren, waffnen.
Gestern hieß es, es sei auf telegraphischem Wege die
Nachricht von bedeutenden kontre-revolutionären Bewe-
gungen in Paris angekommen. Privatbriefe von
dort schildern die jetzigen Zustände als unhaltbar.
Man versichert, der sardinische Hof habe hier eine
Note abgeben lassen, worin er erklärt, daß lediglich die
Gewalt der Umstände den König Karl Albert zu sei-
nem jetzigen Auftreten bewogen habe. Er habe nur
die Alternative gehabt, entweder zu handeln, wie er ge-
than, oder die Republik in Turin proklamirt zu se-
hen. Der Kenner der Zeitgeschichte weiß, daß Karl
Albert bereits vor seiner Thronbesteigung Haupt der
Carbonari gewesen. — Als sonderbares Gerücht er-
wähne ich, daß es in der Stadt heißt, Herr Hans-
mann habe im Staatschatz wenig baares Geld
und meistens Staatschuldscheine gefunden.
Das klingt unglaublich, wir wiederholen es hier,
es in vielen Kreisen erzählt wird, und wir sehen eine
kompetenten Widerlegung entgegen. — Nach den heu-
te gedruckten Vorlagen an die Deputirten beträgt
der Staatschatz 1847, 19,500,000 Rthl. davon ge-
hen ab: 4 Millionen zum Ankauf von Getreide, 3 Mil-
lionen als Deposito zum Austausch von Rassenanlei-
hungen, 3 Millionen an die Bank, 1 Million zur Ver-
stärkung der Industrie, bleibt Rest: 8,500,000 Rthl.
Diese Kunde hat große Ueberraschung verbreitet, da
man auf 60 Millionen rechnete. Der Ausschuss hat
sich einstimmig für eine Anleihe, oder für Erhebung
von 15 Millionen zum Schutz nach Innen und Aus-
sen einstimmig entschieden; auch die Erhebung von
10 Millionen zum Schutz der Industrie ist mit Ma-
jorität bejaht worden. Das Wie? ist noch unentschie-
den. — So eben kommt die Deputation aus Schles-
wig-Holstein zurück, welche wegen eines hier zu etabli-
renden Freikorps unterhandelt hat. Es fehlt an Waf-
fen dort.

Der Magistrat hat heute seinen Anschluß an
den Beschluß der Stadtverordneten, gegen
die Wahl der preussischen Bundesvertreter
durch die Ständekammer, zu protestiren, er-
klärt.

*) Auch in Breslau cirkulirten vorgestern und gestern
diese unbegründeten Gerüchte; der Graf von Paris
sollte unter der Regentschaft Joinvilles bereits den
Thron bestiegen haben.

Zum Zwecke einer Berathung über die Wahlen preussischer Abgeordneten zur deutschen constituirenden Versammlung in Frankfurt a. M. war auf gestern Abend eine Volksversammlung in Tivoli durch öffentliche Anschläge ausgeschrieben worden. Gegen fünfhundert Männer aus den verschiedensten Klassen hatten sich allmählig eingefunden. Es handelte sich zuerst um einen Protest der Versammlung gegen die von dem vereinigten Landtage vollzogenen Wahlen preussischer Abgeordneten zum deutschen Parlament. Fast einstimmig beschloß die Versammlung, vier Protestationen, eine an den Landtag, eine an das Staatsministerium, eine an das deutsche Parlament und endlich eine an die von dem Landtage gewählten Abgeordneten selbst zu richten, des Inhaltes: das Ministerium sei nicht befugt und der Landtag nicht berechtigt, Wahlen für das deutsche Parlament anzuordnen und zu vollziehen; das Volk protestire gegen die Maßregel der Regierung und drücke dem deutschen Parlamente seine Mißbilligung derselben im Allgemeinen, so wie die über die geschehenen Wahlen selbst aus, verlange zugleich, daß das deutsche Parlament die vom Landtage gewählten Abgeordneten nicht anerkenne und sie zurückweise. — Eine Commission aus fünf Mitgliedern der Versammlung (Jung, Bergenroth, Eichler, Hoppe und Matthäi) wurde mit der Redaction und der Beförderung dieser Adressen beauftragt. — Den ferneren Gegenstand der Berathung und Beschlusnahme bildete die Art, wie vom preussischen Volke selbst die Wahlen von Abgeordneten zur deutschen constituirenden Versammlung in Frankfurt bewerkstelligt würden. Das von dem demokratischen Central-Comité der vorbereitenden Versammlung in Frankfurt erlassene Manifest diente hierbei als Anhaltspunkt. Nach langer und lebhafter Debatte, in der namentlich der Fabrikbesitzer Schöffel aus Schlesien, der selbst Mitglied der vorbereitenden Versammlung in Frankfurt war, reichen Beifall erntete, beschloß die Versammlung: Es soll ein Comité von fünfzehn Mitgliedern aus der Versammlung gewählt werden, welches so schnell als möglich eine große allgemeine Volksversammlung hier zusammenberuft. In dieser Versammlung sollen direkte Wahlen von Abgeordneten, nach den Vorschlägen des Frankfurter Centralcomité's, stattfinden. Zugleich soll ein von der Volksversammlung zu ernennendes Comité sich mit den noch zu bildenden oder bereits bestehenden Comité's des preussischen Landes in Verbindung setzen und nach denselben Grundsätzen die Wahlen überall organisiren. — Die oben genannten Herren, so wie die Herren Herxamer, Jordan, Breuer, Lücke, Lesing, Günzburg, Moncke, Rümlau, Voigtländer, Wiß übernahmen einstweilen die Ausführung dieses Beschlusses. (Z. H.)

β Königsberg, 7. April. Ein Aufruf, sich an dem Kampfe für die Befreiung Polens zu betheiligen, der gestern von den Herren Passarge und Wisniewski an die hiesigen Bewohner erging, findet sehr geringen Anklang, da nach den Vorgängen in Westpreußen und Posen die Sympathien für die Polenfrage sehr zurückgetreten sind. — Regierungsrath Landin ist wieder beordert worden die polnische Grenze zu bereisen und etwaige Truppenbewegungen der Russen zu beobachten. Das gestern hier verbreitete Gerücht, daß in der Gegend von Neidenburg 30,000 Russen concentrirt würden, bedarf der Bestätigung.

Danzig, 6. April. Noch heute sind Schiffe im Danziger Hafen eingelaufen, die den Sund ungehindert passirten, ein erfreuliches Zeichen, daß die Besorgnisse, die man hegte, sich nicht bestätigen, weshalb denn auch vorgestern und heute mehrere Schiffe wieder abgegangen sind. (Danz. Z.)

Danzig, 7. April. Handelsbriefe aus Helsingör vom 4ten d. Mts. enthalten die Nachricht, daß „so lange der deutsche Bund oder Preußen allein die Grenzen Lauenburgs oder Holsteins nicht überschritten, unsere Schiffe ruhig den Sund passieren können. — Seit vorgestern läuft das Gerücht hier um, in Warschau sei ein Aufstand ausgebrochen, man habe Barrikaden errichtet, Fürst Paskewitsch bombardire die Stadt u. s. w. Es ist kein wahres Wort an der ganzen Geschichte, denn Reisende, welche in den ersten Tagen dieser Woche Warschau verließen und mit Extrapost direkt hierher kamen, versichern, daß Alles ruhig ist. (Danz. Z.)

* Posen, 8. April. Vom General v. Willisen sind unter Vorbehalt königl. Genehmigung folgende vorläufige Zugeständnisse für die künftige Reorganisation des Großherzogthums gemacht worden:

- § 1. Es wird in Posen an die Spitze der Verwaltung und ein Pole an die Spitze der Justizbehörden gestellt.
- § 2. Die Wahl der Landräthe wird von den Kreiseingesessenen, nämlich von den Rittergutsbesitzern, den Städten und Landgemeinden nach einer zu erlassenden Wahlordnung erfolgen.
- § 3. Die Polizeiverwaltung soll anderweitig eingerichtet werden und zwar durch die Wahl der betreffenden Gemeinden.
- § 4. Das Tragen der polnischen Farben wird erlaubt. Se. Maj. der König wird nächstens über ein

anderes Wappen des Großherzogthums Posen entscheiden.

§ 5. Die polnische Sprache soll die Geschäftssprache werden; neben ihr die deutsche gleich berechtigt dastehen, so daß jeder Eingeseßene, jede Behörde in der Sprache beschieden werden, in welcher ihre Eingaben verfaßt sind.

§ 6. Eine nationale Reorganisation des Unterrichts- und Justizwesens wird erfolgen.

§ 7. Die geistlichen Angelegenheiten werden in der Weise geordnet werden, daß sie sich frei und selbstständig bewegen können.

§ 8. Ein nationales Armeekorps für das Großherzogthum Posen soll sofort organisiert werden,

- a) aus der Landwehr,
- b) aus polnischen nationalen Freikorps.

A. Die Landwehr hat selbst gewählte Offiziere, — trägt die Fahne des Großherzogthums Posen, — besteht theils aus überwiegend polnischen, theils aus überwiegend deutschen Truppenabtheilungen. Die ersteren haben ein polnisches, die anderen ein deutsches Kommando. Es wird den Truppen anheimgestellt, die polnische Kokarde zu tragen. Bei den polnischen kommandirten Truppenkorps soll es freistehen, polnische Offiziere in jedem Range aus früheren militärischen Dienstverhältnissen theils aggregirt, theils angestellt zu verwenden. Die Landwehr-Bataillone und Eskadrons können durch Freiwillige aus dem Großherzogthum verstärkt werden.

B. Das polnische Freikorps wird aus den Privatmitteln des Großherzogthums Posen und namentlich der polnischen Bevölkerung gebildet, bis es völlig organisiert und vom Staate übernommen werden wird. Das Freikorps wird aus lauter Freiwilligen und aus denjenigen Landwirthmännern gebildet, welche es vorziehen sollten, hier, statt bei der Landwehr zu dienen. Es wählt seine Führer selbst. Kommando und Abzeichen sind polnisch, der Oberanführer des Freikorps steht unter den Befehlen des kommandirenden Generals des Großherzogthums Posen.

C. Allen Soldaten, Unteroffizieren und Offizieren, welche Eingeborne des Großherzogthums sind und in andern Regimentern des Heeres dienen, wird gestattet, ihre Versetzung nach dem Großherzogthum zu fordern, um in die dortigen neugebildeten Korps einzutreten.

D. Die Landwehr, so wie das Freikorps werden vorläufig auf den Großherzog von Posen, später auf die Verfassung des Großherzogthums vereidigt.

§ 9. Die Truppen aus andern Provinzen werden zurückgezogen, und selbst die konstituierenden Truppen vermindert, sobald in Folge der zu bildenden nationalen Landwehr das Großherzogthum Posen und die polnischen Freikorps, die concentrirte Volksbewaffnung in dieselbe, so weit sie zu gebrauchen ist, aufgehen wird, und die Verwaltung sich in allen Kreisen frei und ordnungsmäßig bewegen wird.

§ 10. Wegen der bis jetzt vorgefallenen, sowohl politischen als militärischen Vergehen soll Niemand zur Verantwortung gezogen werden.

Zur Herstellung der gesetzlichen Ordnung wird Folgendes beliebt: Der Kommissarius zur Reorganisation der Provinz Posen hat nach Anhörung des Gutachtens der betreffenden Kommission beschloßen, bis zur definitiven Reorganisation für die Wiederherstellung der gesetzlichen Ordnung im Lande folgende Maßregeln sofort ins Leben treten zu lassen:

§ 1. Da die jetzt fungirenden Landräthe durch neugewählte nach einem bald zu erlassenden Wahlmodus ersetzt werden sollen, so treten inzwischen in allen Kreisen Kommissarien neben die königl. Landräthe. Die Kommissarien werden von der Kommission vorgeschlagen und von dem Reorganisations-Kommissarius bestellt, ihre Funktion hört auf, sobald der neugewählte Landrath sein Amt angetreten haben wird.

§ 2. Es liegt den Kommissarien ob, gemeinschaftlich mit den Landräthen die Ordnung da, wo sie gestört ist, wieder herzustellen, namentlich dahin zu wirken, daß die gesetzliche Autorität der Behörden respektirt, die Abgaben eingezahlt, die Verwaltungen sich frei bewegen können.

§ 3. An den Orten, wo die Landräthe, die Bürgermeister, Rentanten und Distriktskommissarien abgesetzt sind, wird der Kommissarius des betreffenden Kreises an Ort und Stelle Erkundigungen einziehen, ob die Wiedereröffnung der abgesetzten Beamten nicht die Erbitterung der Bevölkerung aufregen würde. Im letzteren Falle, welcher durch protokollarische Erklärung einflußreicher Gutsbesitzer im Kreise und bekannter Ortsingesessenen konstatiert werden muß, hat der Kommissarius die Verwaltung interimistisch selbst zu übernehmen, resp. interimistisch zu befehlen, bis anderweite Bestimmungen von der königl. Regierung, an die darüber berichtet werden muß, getroffen sein werden. In allen Fällen, in denen die Beamten ihre bisherigen Posten

nicht wieder antreten, müssen sie ihr Gehalt bis zur Entscheidung der vorgedachten Regierung beziehen.

§ 4. Da sobald als möglich ein neues Polizeigesetz erlassen werden soll, wonach das Institut der Distriktskommissarien eine Umgestaltung erhalten wird, so bleiben bis dahin die Distriktskommissarien in Ausübung ihrer Aemter. Allein es soll dem Kommissarius im Verein mit den Landräthen freistehen, mißliebige Distriktskommissarien und eben solche Gensd'armen in ihrer Funktion zu suspendiren, interimistisch durch andere Personen zu ersetzen, bis die Regierung darüber entschieden haben wird.

§ 5. Die königl. Landräthe haben über alle allgemeine Anordnungen für den Kreis mit den Kommissarien, sofern sie in den Kreisstädten anwesend sind, Rücksprache zu halten, und nach dieser Uebereinkunft dann die Anordnungen selbstständig zu erlassen.

§ 6. Den Kommissarien bleibt das Recht, die nach der gemeinschaftlichen Abrede ergehenden Verfügungen des Landraths im Concept mit zu zeichnen und gegen den Erlaß von Verfügungen, die sie der Ruhe und Eintracht unter den Bewohnern des Kreises nachtheilig erachten, Berufung auf die Entscheidung der königl. Regierung einzulegen. Bis zum Eingange dieser Entscheidung darf eine solche Verfügung nicht erlassen werden.

§ 7. Den Kommissarien steht das Recht zu, Beschwerden der Kreiseingesessenen entgegen zu nehmen, sich über die Lage jeder Sache durch Einsicht der landrathlichen Akten Ueberzeugung zu verschaffen und mit dem Landrath wegen Abhülfe der Beschwerden in Verbindung zu treten, event. sich damit an die königl. Regierung und den Reorganisations-Kommissarius zu wenden.

§ 8. Es giebt für die Kommissarien keine andere Behörde, an welche sie zu berichten, oder von welcher sie Verfügungen anzunehmen haben, als die königl. Regierung, der Oberpräsident und der Reorganisations-Kommissarius.

§ 9. Ein Gehalt oder eine Entschädigung für ihre Mithaltung haben die Kreiskommissarien nicht zu beziehen. Die interimistisch anzustellenden Vertreter der Distriktskommissarien und Bürgermeister werden aus den Kommunkassen entschädigt, insofern sie nicht selbst darauf verzichten.

Wir hoffen, daß jetzt der Knoten sich noch in friedlicher Weise lösen lassen. Zwar hören wir, daß morgen Nachmittags um 4 Uhr 8000 Mann Infanterie und Kavallerie nebst 8 Geschützen, Kartätschen und Bomben, gegen Schroda marschiren sollen, um am Montag früh, wenn bis dahin das dort versammelte Volk nicht die Waffen niedergelegt habe und auseinandergegangen sei, die verbarrikadirte und mit Gräben umzogene Stadt zu bombardiren; wir glauben jedoch nicht, daß auch nur ein Kanonenschuß fallen wird, denn es würde unnütz vergossenes Blut sein.

Das deutsche National-Comité, im Verein mit der Volksversammlung im Odeum, hat heute, nachdem beiden vom General Willisen, der die ewigen Adressen und Deputationen dieser Fraktion überdrüssig zu haben scheint, gesagt worden war, sie würden gut thun, sich ruhig zu verhalten, beschloßen, zwei Deputationen nach Berlin und Frankfurt a. M. zu senden, um dort den Sympathien der Polen entgegen zu wirken, insbesondere aber beim Könige 1) um sofortige Abberufung des Hrn. v. Willisen zu bitten, und 2) den Wunsch um Aufnahme des Großherzogthums Posen in den deutschen Bund auszusprechen. Außerdem wollte man den kommandirenden General v. Colomb durch eine Deputation bitten lassen, daß er seinerseits mit Waffengewalt die versammelten bewaffneten Trupps zc. auseinanderjagen möge. Ob es wirklich geschehen, wissen wir nicht.

† Aus dem Großherzogthum Posen, 9. April. Die Stadt Pleschen bietet in diesem Augenblicke ein Bild grauenhafter Infurrektion dar. *) Fast sämtliche Straßen sind mit Kartoffeln und Heuwagen und anderm Material barrikadirt, die Brücke zur Hälfte abgebrochen, Bürgermeister und Landrath entfernt, und die Stadt mit beinahe 5000 Mann polnischer Wehrmänner, die mit Senfen, Säbeln und Flinten bewaffnet sind, mehr als überfüllt. Auf diese nicht unbedeutende Truppenzahl vertrauend, versuchte man die durchgehenden Kriegs-Reservisten zurückzuhalten und sie zum Beitritt zu bewegen, als diese aber, ihrem Schwure und ihrem Könige treu, von ihrer Pflicht nicht abzubringen waren, kam es zu Gewaltthätigkeiten, wobei der eine so gemißhandelt wurde, daß er bald darauf seinen Geist aufgab. Als am verfloßenen Donnerstage die Kunde sich verbreitete, das preuß. Militär näherte sich der Stadt, wurde sogleich Alarm geschlagen, und Kessel mit Wasser und Pech nebst Holz auf den Ring gefahren, um durch siedendes Wasser und Pech die Soldaten zu vertreiben. Daß die Unterhaltung und Einkleidung so zahlreicher Haufen sehr vieler Substanzmittel bedarf, liegt auf der Hand, weshalb auch schon Exproressionen mancherlei Art zur Tagesordnung gehören. Man fordert Tuch und

*) Ein direktes Schreiben vom 8ten d. meldet uns von allen oben erwähnten Gräueln kein Wort. Red.

Geld, und wer nicht gutwillig giebt, den sucht man durch Drohungen geschmeidiger und willfähriger zu machen. Ja sogar Verhaftungen einzelner Bürger sind schon vorgekommen. Diese leider nur zu wahren Fakta mögen dafür sprechen, welcher Zukunft die Deutschen hier entgegengeben, und gleichzeitig dazu dienen, die feurige Sympathie Deutschlands für Polen abzukühlen. Während Deutschland die Polensache eifrig verfolgt, und in dem Wahne steht, Liebe und Eintracht, Milde und Nachsicht werde von den Polen zur Förderung ihrer Interessen beachtet und in Ausübung gebracht, sieht man nichts als eigenmächtige Handlungen und Willkür, Drohungen und Gewaltthatigkeiten. Und doch sind ihnen noch bis jetzt die Hände gebunden; einmal entfesselt, wird wohl an keine Schonung zu denken sein. Auch in Ostrowo weht seit heute auf der katholischen Kirche und der Probstei die polnische Fahne. — Was den sozialen Zustand dieser Gegenden betrifft, so liegt, wie natürlich, jeder Geschäftsverkehr und jede Gewerbsthätigkeit ganz darnieder. Kein Kredit und kein Vertrauen, und trotz der so herabgegangenen Getreidepreise sehen wir einer gräßlichen Noth entgegen, da Hunderte von Arbeitern nahrunglos umhergehen. Die Grenze ist zudem so scharf abgesperrt, daß selbst die bekanntesten Personen nicht durchgelassen werden.

* **Pleschen, 8. April.** So eben taucht jenseits der Grenze das Gerücht auf und findet allgemeinen Glauben, daß in und um Warschau eine Menge russische Offiziere (man spricht von 500) plötzlich verhaftet worden sind. Auch hört man, daß mehrere Truppenkolonnen auf dem Marsche theils Halt gemacht, theils den Rückmarsch nach Warschau angetreten haben, Erscheinungen, die man mit dem obigen Gerücht in Verbindung bringt.

Halle, 6. April. Als gestern in unserer Stadt bekannt wurde, daß eine königl. Proposition den vereinigten Landtag auffordere, die preussischen Vertreter beim deutschen Parlament zu wählen, gab sich darüber eine große Mißstimmung kund. Man hatte es in allen Reden, Petitionen u. s. w. ausgesprochen, daß der alte Landtag nur das Wahlgeseß begutachten dürfe, und daß er, bei der Abneigung vieler seiner Mitglieder gegen die Ideen der neuen Freiheit und gegen die Männer des Volksvertrauens, nicht im vollen Sinne des Volkes wählen werde. Wir müssen entschieden gegen solche Wahlen protestiren, welche größtentheils vor der National-Repräsentation nicht Stich halten werden. Oder sollen wir denn der Welt das Schauspiel geben, viele der so Gewählten demnächst wieder zurückzurufen? In diesem Sinne ist heute an den Ministerpräsidenten Camphausen, dessen Ministerium wir in dessen damit keineswegs verwerfen, eine Petition abgegangen, von Magistratsmitgliedern, Stadtverordneten und anderen Männern unterzeichnet. (Magdeb. Z.)

Köln, 7. April. Eine gestern Abend Statt gehabte Bürger-Versammlung suchte dem allgemeinen Fremden über den Wahl-Modus für die Frankfurter National-Repräsentation einen Ausdruck zu geben. Nach langen Debatten wurde eine Adresse an den König beschossen, welche heute auch von einer zahlreichen besuchten Versammlung bei Stollwerk adoptirt wurde und sich in großer Schnelligkeit mit zahlreichen Unterschriften bedeckte. Sie lautet, wie folgt:

„Majestät! In dem königl. Propositions-Dekrete vom 3. d. M. richten Ew. Majestät an die zum vereinigten Landtage versammelten Abgeordneten der Ritterschaft, Städte und Landgemeinden aus den zum deutschen Bunde gehörigen Provinzen und eventuell auch an die Abgeordneten von Preußen und Posen die Aufforderung, die zu der Versammlung der deutschen National-Repräsentanten abzuordnenden Vertreter unverzüglich zu wählen. — Dieses Dekret hat, so wie es bekannt geworden, allenthalben die größte Aufregung hervorgerufen. — Man fragt sich mit Entrüstung: soll das der Anfang einer konstitutionellen Regierung sein, daß ein unkonstitutionelles Institut mit einem der wichtigsten Volksrechte bekleidet wird? — Die Wahl der deutschen National-Repräsentanten für Preußen kann dem vereinigten Landtage nicht überlassen werden. — Der vereinigte Landtag vertritt nicht das preussische Volk; er ist nur Ew. Majestät Beirath, keine Volks-Repräsentation. Hierüber ist Ew. Majestät mit dem ganzen Lande einverstanden. Der vereinigte Landtag ist daher nicht befugt, an der Stelle und im Namen des preussischen Volkes Abgeordnete zu erwählen. — Aber wenn Preußen auch eine wahrhafte Volks-Repräsentation besäße, wie sie erst gebildet werden soll: für die Wahl von Abgeordneten zur konstituierenden deutschen National-Versammlung ist eine Vertretung nicht denkbar, nicht möglich. Das preussische Volk muß seine Repräsentanten, welche die Wiebergeburt eines neuen Deutschlands berathen sollen, selber wählen; das ist seine heilige Pflicht, sein unveräußerliches Recht. — Die in den jüngsten Tagen zu Frankfurt Statt gehabte vorbereitende Versammlung zur Gründung eines deutschen Parlamentes ist so sehr dieser Ansicht gewesen, daß eine entgegengesetzte auch nicht einmal laut geworden ist. In dieser Versammlung hat es sich lediglich darum gehandelt, in welcher Weise die Wahl durch das Volk bewirkt werden solle. — Wir können daher nicht stark genug unser Bestreben darüber ausdrücken, daß Ew. Majestät Minister zu einem Dekrete, welches den von Ew. Majestät selbst für die Bildung einer konstituierenden Versammlung feierlich anerkannten Grundfragen widerstreitet, das ferner mit der öffentlichen Meinung in direktem Widerspruch steht, ihre Mitwirkung haben herleihen können. — Nur die schleunigste Zurücknahme dieses Dekretes vermag die Befürchtungen vor einer Reaction gegen unsere junge Freiheit niederzuschlagen, welche dadurch in so hohem Grade hervorgerufen worden sind. — Ew. Ma-

jestät ersuchen wir demnach um diese Zurücknahme und erlauben uns die Bitte hinzuzufügen, daß gleichzeitig die nöthigen Anordnungen getroffen werden mögen, um eine den Beschlüssen der Frankfurter Versammlung gemäße Volkswahl der deutschen National-Repräsentanten zu bewirken. Sollte diese unsere Bitte die gewünschte Erfüllung nicht erlangen, so sehen wir uns gezwungen, gegen die durch das mehrgenannte Dekret angeordnete Wahl der preussischen Repräsentanten für die deutsche National-Versammlung hiermit feierlichst zu protestiren. Köln, 7. April 1848. (Folgen die Unterschriften. (Köln. Z.)

Deutschland.

Frankfurt, 6. April. Das Frankf. Journal hat folgendes Schreiben von Dr. Welcker wegen Posen und Polen erhalten: „Herr Redakteur! In den Verhandlungen der Versammlung zur Gründung eines deutschen Parlaments am 31. März sprach ich nach dem „offiziellen Bericht“ über diese Verhandlungen nach Seite 18 wörtlich das Nachfolgende: „Es ist unrichtig, wenn behauptet wird, daß das ganze Ost- und Westpreußen, so wie Posen von Gott und Rechts wegen zu Polen gehöre, denn wenn wir in die Geschichte zurückgehen, so finden wir, daß diese Länder von Deutschen besetzt waren. — Und wenn wir bei den Mischungen der Völker, welche stattgefunden haben, bei den gerechten und ungerechten Eroberungen und Theilungen, nach privatlischen Gesichtspunkten urtheilen wollen, so giebt dieses keine richtige Entscheidung. Meine Herren, ich appellire an die großen Prinzipien der Nationalität und Freiheit. Wir wollen die Länder nicht theilen wie Ackerland. Wollen die Männer in Ost- und Westpreußen Deutsche sein, so sind sie es so gut wie wir, wollen sie Polen sein, dann werden wir sie nicht zwingen, uns beizutreten. Die Beantwortung der Frage, ob sie wollen, ist etwas, was wir jetzt nicht improvisiren können. Ich will, daß Polen wieder hergestellt werde. Aber wir haben auch das Elsaß und Lothringen verloren. Wir werden nicht so thöricht sein, alle jene Länder ohne Weiteres herauszugeben. Denn dann müßte man uns auch wiedergeben, was wir verloren haben u.“ Diesen Worten hat man die Deutung untergeschoben, als hätte ich zu einer Eroberung von Elsaß und Lothringen von Seiten Deutschlands auffordern wollen. Die durch den Zusammenhang, wie selbst durch die Worte klare Absicht in meiner Rede aber ging dahin, bei der Wiederherstellung der polnischen Freiheit, die ich stets als eine Forderung der Gerechtigkeit und der Politik vertheidigte, einen schwierigen und gehässigen Streit über die Grenzen nach demjenigen Prinzip auszugleichen, welches nach meiner lebenslänglichen Ueberzeugung, über innere und äußere Gewalt und ihre Grenzen entscheiden muß — nämlich nach dem Prinzip der Freiheit oder des wirklichen, frei ausgesprochenen Willens der Mehrheit freier Bürger eines Landes. Frankfurt, 5. April 1848. — E. Welcker.“

Nach den neuesten statistischen Angaben betrug im Jahre 1846 die Bevölkerung der deutschen Bundeslande 41,672,375 Seelen. Hierzu Schleswig und Ost- und Westpreußen mit den deutschen Bezirken von Posen gerechnet, ergibt sich eine Gesamtbevölkerung von etwas über 45 Mill., sodas die Anzahl der Abgeordneten zum Parlament nach dem angenommenen Maßstabe von 1 auf 50,000 sich auf 900 stellen würde. Da aber die Staaten von weniger als 50,000 Einwohnern ebenfalls je einen Abgeordneten zu wählen haben, so wird diese Zahl von 900 noch um einige Mitglieder überschritten werden, was eine außerordentlich große Versammlung ergibt.

Frankfurt, 8. April. Die hiesigen Blätter enthalten nachstehende

Bekanntmachung der Beschlüsse der zu Frankfurt a. M. am 31. März und 1. bis 4. April 1848 abgehaltenen Versammlung zur Vorbereitung der deutschen konstituierenden National-Versammlung. Das zu Frankfurt a. M. abgehaltene Vorparlament hat über die nachfolgenden Gegenstände Beschlüsse gefaßt. Wir theilen sie dem deutschen Volke mit.

Aufgabe der Versammlung.

Die Versammlung hat ihre Aufgabe darin erkannt, die Art und Weise festzustellen, in welcher die konstituierende National-Versammlung gebildet werden soll. Sie hat dabei ausdrücklich ausgesprochen, daß die Beschlußnahme über die künftige Verfassung Deutschlands einzig und allein dieser vom Volke zu erwählenden konstituierenden National-Versammlung zu überlassen sei.

Das Bundesgebiet.

Schleswig, staatl. und national mit Holstein unzertrennlich verbunden, ist unverzüglich in den deutschen Bund aufzunehmen und in der konstituierenden Versammlung gleich jedem anderen deutschen Bundes-Staate durch freigewählte Abgeordnete zu vertreten. — Ost- und Westpreußen ist auf gleiche Weise in den deutschen Bund aufzunehmen. — Die Versammlung erklärt die Theilung Polens für ein schmachvolles Unrecht. Sie erkennt die heilige Pflicht des deutschen Volkes, zur Wiederherstellung Polens mitzuwirken. Sie spricht dabei den Wunsch aus, daß die deutschen Regierungen den in ihr Vaterland rückkehrenden Polen freien Durchzug ohne Waffen, und so weit es möglich, Unterstützung gewähren mögen.

Zahl der Volksvertreter in der deutschen konstituierenden Versammlung.

Auf je 50,000 Seelen wird ein Vertreter zur deutschen konstituierenden Versammlung gewählt. — Ein

Staat mit weniger als 50,000 Seelen wählt einen Deputirten. — Bei Berechnung der Seelen-Zahl ist die letzte deutsche Bundesmatrikel maßgebend.

Wahlart der Abgeordneten zur deutschen konstituierenden Versammlung.

In Betreff der Wahlart gelten für jedes der deutschen Länder folgende Bedingungen: Die Wahlberechtigung und Wählbarkeit darf nicht beschränkt werden durch einen Wahl-Census, durch Bevorzugung einer Religion, durch eine Wahl nach bestimmten Ständen. — Jeder volljährige, selbstständige Staatsangehörige ist wahlberechtigt und wählbar. — Der zu Wählende braucht nicht dem Staate anzugehören, welchen er bei der Versammlung vertreten soll. — Die politischen Flüchtlinge, die nach Deutschland zurückkehren und ihr Staatsbürgerrecht wieder antreten, sind wahlberechtigt und wählbar. — In allen übrigen Beziehungen ist es jedem einzelnen deutschen Staate überlassen, auf welche Weise er die Wahlen zu ordnen angemessen findet; die Versammlung erachtet jedoch die direkte Wahl im Prinzip für die zweckmäßigste.

Ort der konstituierenden National-Versammlung.

Die konstituierende National-Versammlung hält ihre Sitzungen in Frankfurt a. M.

Zeit des Zusammentritts.

Das Wahlgeseß ist von den einzelnen Staaten in der Art anzuordnen, daß die National-Versammlung am 1. Mai dieses Jahres ihre erste Sitzung halten kann.

Permanenter Ausschuß der Versammlung.

Die gegenwärtige Versammlung wählt einen permanenten Ausschuß von fünfzig Mitgliedern, der bis zum Zusammentritt der konstituierenden Versammlung in Frankfurt a. M. verweilt. — Der Ausschuß wird aus den Mitgliedern der Versammlung in der Art gewählt, daß jeder Wahlsessel 50 Personen bezieht, in Betreff derer die Versammlung voraussetzt, daß jeder Wählende alle Theile des Vaterlandes in dem Ausschusse vertreten sehen wolle. Dieser Fünfziger-Ausschuß ist beauftragt: Die Bundes-Versammlung einzuladen, mit ihm bis zum Zusammentritt der konstituierenden Versammlung in Betreff der Verwaltung der Bundes-Angelegenheiten bis zum Zusammentritt der konstituierenden Versammlung selbstständig zu berathen und die nöthigen Anträge an die Bundesversammlung zu bringen; — er ist beauftragt: Bei eintretender Gefahr des Vaterlandes die gegenwärtige Versammlung sofort wieder einzuberufen. — Der Ausschuß wird bei den Regierungen dahin wirken, daß die allgemeine Volksbewaffnung in allen deutschen Ländern schleunigst ins Leben gerufen werde. Der Ausschuß hat dafür zu sorgen, daß ihm sechs Männer aus Oesterreich als weitere Ausschussmitglieder beitreten. — Die Verhandlungen des Ausschusses mit der Bundesversammlung sind durch die Presse zu veröffentlichen. — Die Versammlung verlangt, daß der Bundes-tag, indem er die Angelegenheit der Begründung eines konstituierenden Parlaments in die Hand nimmt, sich von den verfassungswidrigen Ausnahmebeschlüssen lossage und die Männer aus seinem Schoße entferne, welche zu Hervorrufung und Ausführung derselben mitgewirkt haben.

Grundrechte und Forderungen des deutschen Volkes.

Die Versammlung empfiehlt, mit ihrer grundsätzlichen Zustimmung, dem konstituierenden Parlamente zur Prüfung und geeigneten Berücksichtigung die nachstehenden Anträge, welche bestimmte Grundrechte als geringstes Maß deutscher Volksfreiheit verlangen und die im deutschen Volke lebenden Wünsche und Forderungen aussprechen. — Gleichstellung der politischen Rechte, ohne Unterschied des Glaubensbekenntnisses und Unabhängigkeit der Kirche vom Staate. Volle Pressefreiheit. Freies Vereinigungsrecht. Petitionsrecht. Eine freie volksvertretende Landes-Verfassung mit entscheidender Stimme der Volks-Abgeordneten in der Gesetzgebung und Bestimmung und mit Verantwortlichkeit der Minister. Gerechtes Maß der Steuerpflicht nach der Steuerkraft. Gleichheit der Wehrpflicht und des Wehrrechts. Gleiche Berechtigung aller Bürger zu Gemeinde- und Staatsämtern. Unbedingtes Auswanderungsrecht. Allgemeines deutsches Staatsbürgerrecht. Lehre- und Lernfreiheit. Schutz der persönlichen Freiheit. Schutz gegen Justiz-Verweigerungen. Unabhängigkeit der Justiz. Öffentlichkeit und Mündlichkeit der Rechtspflege und Schwurgerichte in Strafsachen. — Ferner: Ein volksthümliches Kredit-System mit Ackerbau- und Arbeits-Kassen. — Schutz der Arbeit durch Einrichtungen und Maßregeln, um Arbeitsunfähigkeit vor Mangel zu bewahren, Erwerbslosen lohnende Beschäftigung zu verschaffen, die Verfassung des Gewerbes- und Fabrikwesens den Bedürfnissen der Zeit anzupassen. — Schul-Unterricht für alle Klassen, Gewerbe- und Berufe aus Staatsmitteln. — Anerkennung endlich der Auswanderung als National-Angelegenheit und Regelung derselben zum Schutze der Auswanderer.

Dank der Versammlung.

Der Dank der Versammlung wird ausgesprochen den zu Heppenheim und Heidelberg zusammengetretenen Männern; den Behörden und den Bürgern der Stadt Frankfurt a. M. für gastliche Aufnahme und ihre Anordnungen; dem Vorstände der Versammlung für seine Mitwirkung; der Bürgerwehr für ihren Schutz und den Tugenden für ihre dienstliche Mitwirkung in der Versammlung. — Frankfurt a. M., 3. April 1848.

Namens des Fünfziger-Ausschusses.

Soiron, als Vorsitzender.

H. Simon, als Schriftführer.

(D. P. A. Z.)

Mit zwei Beilagen.

In der Sitzung des Fünfziger-Ausschusses am 4ten April wurde eine Kommission zur Ausarbeitung einer Geschäfts-Ordnung für den Fünfziger-Ausschuss in folgenden Mitgliefern niedergesetzt: Jakob, Heckscher, Pagenstecher, Wächter, Biedermann. Abegg trug vor: er habe äußerlich, aber sicher vernommen, daß der Bundesstag noch berathe, ob auf 50,000 oder auf 70,000 Seelen ein Abgeordneter zur National-Versammlung gewählt werden solle. In diesem Falle habe die Ausführung der Beschlüsse der vorbereitenden Versammlung noch nicht begonnen. Ueber den Stand der Sache müsse man durch eine Deputation sich Gewissheit verschaffen und nöthigenfalls auf schnellste Ausführung dringen. Sollten diese Beschlüsse nicht in ganz klarer Fassung mitgetheilt sein, so müsse schnellst eine Kommission dieselbe präzis redigiren. — Nach längerer Berathung wird der Antrag angenommen: „die Beschlüsse in Bezug auf die Wahl nochmals festzustellen und durch eine Deputation an den Bundesstag zu erwirken, daß die Wahlen nach diesen Beschlüssen sofort vorgenommen werden.“ — Benedey beantragt eine Kommission zur Ordnung und Veröffentlichung aller Beschlüsse der vorbereitenden Versammlung, begleitet mit einem Aufruf an das deutsche Volk. Nach dem Beschluß des Ausschusses soll die Ordnung der Beschlüsse der vorbereitenden Versammlung durch die dem Ausschusse angehörigen Mitglieder des Sekretariats der vorbereitenden Versammlung, Simon, Kierulff, Briegleb und Schwarzenberg, erfolgen. Zur Abfassung einer Proclamation wird eine Kommission (Benedey, Jacoby, Simon, Biedermann, Herchenbahn) niedergesetzt. — Schleiden stellt den Antrag: „Der Ausschuss habe den deutschen Bundesstag aufzufordern, sofort durch einen Beschluß auszusprechen, daß Schleswig, Ost- und Westpreußen in den deutschen Bund aufgenommen seien, damit in diesen deutschen Ländern die Wahlen zu der bevorstehenden konstituierenden Versammlung rechtzeitig angeordnet und vorgenommen werden können.“ Der Antrag wird angenommen. „Es wird eine Kommission ernannt (Wiesner, Graf Bissingen, Freudentheil, Stedtmann, Murschel), um zu erörtern, auf welche Weise der Beschluß der vorbereitenden Versammlung auf Einberufung von sechs österreichischen Mitgliedern zum Ausschuss in Vollzug zu setzen sei.“ (Fr. Bl.)

München, 5. April. Unser König steht im Besitz, den Schleswig-Holsteinern thätige Hilfe zu leisten, indem sechs der vorzüglichsten bayerischen Offiziere schnellst an den Kriegsschauplatz abgeschickt werden. Es sind ferner aus der Privatkasse Sr. Maj. nicht unbedeutende Unterstützungen an einige hier befindliche Schleswiger zur Heimreise ausbezahlt worden. Auch finden die echt deutschen Schritte der preussischen Regierung am Bundesstage bezüglich auf die Vorgänge in Schleswig von Seite unserer Regierung die lebhafteste Unterstützung. (N. K.)

München, 5. April. Diesen Mittag ist der längst erwartete Armeebefehl, zehn volle Bogen stark, erschienen. Vorangestellt ist demselben folgende königliche Ansprache: „An Mein Heer! Bei dem Erlasse Meines ersten Armeebefehls ist es Meine vorzügliche Sorge gewesen, daß den alten würdigen Offizieren die verdiente Ruhe und Anerkennung zu Theil werde. Ich wünsche, daß sie im lohnenden Bewußtsein treuer Pflichterfüllung sich lange derselben erfreuen mögen. Der Name dieser Tapfern wird ehrenvoll fortleben im Heere, ein schönes Vorbild der Hacheiferung für die jüngeren Offiziere; möge der kriegertische Sinn, die erprobte Unabhängigkeit dieser Veteranen sich fortpflanzen auf das neue Geschlecht. Das Heer wird sich verjüngen, kräftig wird es erstehen, um so in jeder Beziehung tüchtig, allen Anforderungen der Gegenwart und Zukunft gewachsen zu sein. Erst ist die Zeit, ersten Tagen gehen wir entgegen. Das Heer schaare sich in alter angestammter Liebe und Treue um seinen König, eingebend entfernter wie näherer ruhmvoller Vergangenheit, wo dasselbe im Drange sturmbeugter Tage und der äußersten Gefahr, durch Aufopferung und Heldenthum mehr als einmal Fürst und Vaterland gerettet hat. Ich weiß, diese Zeiten sind nicht vorüber, dieser Sinn ist nicht erloschen, das alte treue Baiernherz ist dasselbe geblieben. Ich weiß, schlägt die Stunde der Entscheidung, so ist ein Jeder bereit, für König und Vaterland freudig Gut und Blut hinzugeben. Als Kronprinz schon war ich mit Vorliebe dem Heere zugethan, suchte ich mit seinen Interessen vertraut zu machen, und soweit es die Umstände erlaubten, in nähere Berührung mit demselben zu treten. Jetzt und immer werde ich es dem Heere zeigen, wie werth, wie theuer es mir ist. Es wird nicht bloß seinen obersten Befehlshaber, sondern seinen wohlwollendsten besten Freund in mir seinem Könige finden. Wahres Verdienst, Talent und Thätigkeit jeder Art werden den Anspruch zur Beförderung bedingen; der auf der untersten Stufe Stehende kann

sich dadurch bis zu der höchsten emporschwingen! Dem festen Vertrauen gebe ich mich hin, daß die Offiziere und Militärbeamten aller Grade, wie auch die verdiente Klasse der Unteroffiziere, für die ich vor habe, noch besonders Sorge zu tragen, wetteifern werden in gewissenhafter Erfüllung ihrer Pflichten. König, Heer und Nation umschlinge nur ein Interesse, des theuren Baiernlandes heiligste Güter, Freiheit, Ehre und Unabhängigkeit zu schirmen und zu erhalten, und so zugleich ein würdiger Vorkämpfer zu sein in den Reihen unserer deutschen Brüder zu des Gesamt Vaterlandes Heil und Frommen!“ (N. K.)

Dresden, 7. April. So eben langen die zu der vorbereitenden Versammlung des deutschen Parlaments und zugleich zum Ausschuss gewählten österreichischen Deputirten von Wien hier an und setzten nach kurzer Rast sogleich ihre Reise nach Frankfurt a. M. fort. Es sind die Herren: Baron Andrian-Werburg (Verf. der Schrift: Oesterreich und dessen Zukunft), Graf Auersperg (Anst. Grün), Professor Endlicher, Buchhändler Gerold, Dr. jur. Gieska, Fabrikant Hornböl, Redakteur Rutanda, Advokat Meyerlen v. Mühlfeld, Dr. med. Schilling, Schneider, Kommandant des juristischen Corps, Dr. J. Schuselka, Baron v. Somaruga. Sie sind von den Ständen, von der Universität und von der Bürgerschaft gewählt worden und eine Ehrenwache von 6 Mitgliedern der akademischen Legion begleitet sie. In ihrer Mitte befindet sich der Bundesstagsgesandte Baron v. Schmerling, der sich bei der Wiener Revolution so ausgezeichnet und namentlich die Pressefreiheit errungen hat. Aus mündlichen Unterredungen hat Referent erfahren, daß die kriegertischen Demonstrationen gegen Italien bloß darauf hinielen, einen ehrenvollen Rückzug zu erreichen, den zu beginnenden Unterhandlungen einen imposanten Nachdruck zu ertheilen und alle Eroberungsgelüste (namentlich auf Südtirol) kräftig zu hinterreiben. (Deutsch. Z.)

Dresden, 7. April. Se. Königl. Majestät hat bestimmt, daß der Auftrag in den evangelischen Angelegenheiten, neben dem Minister des Cultus, den Staatsministern Dr. Braun und Oberländer, unter Ertheilung des Vorfiges an den Staatsminister Dr. Braun übertragen werde.

Leipzig, 7. April. Nachdem das Schloß in Waldenburg vorgestern geplündert, verwüstet und verbrannt worden (s. den Art. Dresden in der vorgestr. Bresl. Z.), wurde gestern die Stadt selbst aufs neue bedroht. Man hatte von den Tumultuanten ungefähr 20 eingefangen und wollte dieselben gestern Morgen durch Militär fortbringen lassen, als eine Rotte vor das Amtshaus rückte, die Freilassung der Gefangenen forderte und mit Verbrennung des Amtshauses drohte. Die Gefangenen wurden ausgeliefert, und man suchte durch vernünftige Vorstellungen auf die Aufwiegler zu wirken, was auch insoweit gelungen, daß weitere Excesse unterblieben. Das Militär hat außer einem Kavalerieangriffe (bei welchem ein Mann verwundet wurde) keine Angriffe gemacht, weil sich der Stadtrath ausdrücklich jede Einmischung der Truppen verbat. Aus dem Schloße ist nichts gerettet worden. Das Feuer selbst hat aber die Zerstörung und Plünderung der Hauptkasse verhindert, indem der theilweise Einsturz des Gebäudes erfolgte, bevor die letzte Thür zur Hauptkasse erbrochen war. Man hat gestern bereits Alfen und Gelder aus der Hauptkasse in Sicherheit gebracht. Es wird vermuthet, daß der Meuterer mehr in den Trümmern des Schloßes ihr Grab gefunden. Nachschrift der Redaction. Der gestrige Tag und die Nacht sollen ohne neue Störungen der Ruhe vorübergegangen sein, wie Reisende versichern. Dagegen sollen heute die Unruhen sich erneuert haben. (Leipz. Z.)

Meerane, 7. April. In Glauchau waren gestern viele Tausend Menschen aus dem Umgegend versammelt, die das zwickauer Militär aus dem Schloßhofs drängten und das Pflaster aufrißen. Doch legte sich der Sturm noch, bevor es zu weiteren Thätlichkeiten kam. — Heute Vormittag vernahm man hier mehrmals ein heftiges Feuern; der Richtung nach schien es auf dem Gebiete der Fürsten in Pichtenstein oder Hartenstein zu sein. (D. A. Z.)

Hamburg, 8. April. Heute Nachmittag ist abermals ein Bataillon Preußen, nach Holstein bestimmt, durch Hamburg marschirt.

(Schleswig-holsteinische Angelegenheiten.) — Rendsburg, 6. April. Die Stadt Tondern ist gestern Morgens von einem dänischen Truppencorps von 200 Mann, meist Infanterie, indes auch einige Kavalerie, besetzt, nachdem die Einwohner auf Befragen durch den benachbarten dänischen Beamten, Justizrath Branson, der an der Spitze bewaffneter Bauern steht, ihre schleswig-holsteinische Gesinnung der angedrohten Occupation gegenüber declarirt hatten. Ein Verzeichniß der zu verhaftenden Einwohner ist dem Anführer des Corps

von seinem Oberen übergeben. Darnach sind, wie es heißt, der Advokat Lundius und der Physikus Dr. Dieks abgeführt worden; Andere, wie der Kaufmann Dobsen, welcher als Stellvertreter Beseler's an der Ständeverammlung Theil nahm, und der Besitzer des Gehöftes Meierholm bei Tondern, Dobsen, der entflohen ist, sind der Verhaftung entgangen. Die Stadt wird wahrscheinlich sogleich, nachdem der Zweck erreicht ist, von den Dänen wieder geräumt werden. Ein Detaschement unserer Truppen war gestern beordert, von Flensburg nach Tondern abzugehen. Der kleine Krieg scheint von beiden Seiten als unnützes Blutvergießen vermieden zu werden. Aus Kigumkloster sind ferner von den Dänen abgeführt: der Forstbeamte v. Fischer, Benzon und der Bürger Erichsen. — In Folge der Ankunft der preuß. Truppen war gestern Abend die Stadt beleuchtet. Eine Anzahl preussischer Offiziere ist mit der Truppenabtheilung gestern hier eingetroffen, welche, bei dieser nicht angestellte, zu Führern unserer Freicorps und der aus den Reserven zu formirenden Corps bestimmt sind. — Heute rückten hier wieder zwei Bataillone preussischer Infanterie ein, die Füßler-Bataillone der Regimenter „Kaiser Alexander“ und „Kaiser Franz“ marschirten aber sofort weiter, um Cantonnements in den benachbarten schleswigschen Dörfern Rübbei, Fockbeck und Büdelsdorf zu beziehen. Das gestern hier eingerückte Regiment scheint hier in Garnison bleiben zu sollen. — In der Nacht vom 4. auf den 5. April ist hier ein preussischer Courier durchgegangen, wie man vernimmt, um bei dem Kopenhagener Ministerium nochmalige Schritte zur Anerkennung der Selbstständigkeit der Herzogthümer zu thun, damit Preußen nicht gezwungen werde, zum offenen Friedensbruche zu schreiten. — Die Stellung unserer Truppen betreffend, so liegt das Gros der Armee in Flensburg, das 15. und 17. Bataillon eine Meile nördlich in der Gegend von Bau. Der kommandirende General hat in diesen Tagen die Stellungen inspiziert und dürfte der erste Angriff bald zu erwarten sein. — Wiederholt sind uns Klagen über das Verhalten der Flensburger zur Sache des Vaterlandes zu Ohren gekommen, einigen Soldaten sollen sogar in der Nacht die Gewehre von ihren Wirthen vernagelt sein.

Rendsburg, 7. April. Gestern hat ein Vorpöstengefecht zwischen unsern und den dänischen Truppen stattgefunden, wobei von unserer Seite ein Theil Jäger und Dragoner theilhaftig waren. Die Dänen sind von Hockebüll nach Rinkeniß — in der Nähe des herzogt. Augustenburgischen Schlosses Gravenstein — zurückgetrieben. Ein Offizier und einige Gemeine der Dänen sind getödtet, von unserer Seite ist ein Soldat verwundet. Die Feinde scheinen von der Insel Alsen aus eine Landung bei Holniff am Flensburger Meerbusen zu versuchen, um unsere Truppen in der Stellung bei Bau zu umgehen. Wahrscheinlich wird schon heute bei Holniff gekämpft. Unsere Truppen sind beordert vorwärts zu gehen, um die Landschaft Sundewitz mit Gravenstein von Feinden zu säubern. Die preussischen Truppen werden sich ohne Zweifel an dem Kampfe theilhaben, sobald sich ergeben haben wird, daß die Sendung eines außerordentlichen preussischen Abgeordneten nach Kopenhagen erfolglos gewesen ist. Fast alle Bundesmächte haben schon ihre Zustimmung in die Aufnahme des Herzogthums Schleswig in den deutschen Bund ausgesprochen. Die dänischen Truppen haben die Stadt Tondern, dem Vernehmen nach, wieder geräumt, indes einige nachhafte Männer daselbst als Gefangene fortgeschleppt, die Waffen der Bürger so wie Pferde mit sich weggeführt.

Schleswig, 5. April. In Betreff der gegenwärtigen Position der dänischen Truppen erfährt man auf zuverlässige Weise, daß ihre Vorpöstenlinie südlich von Apenrade, bei Hostrup, anhebt und quer hinüber nach Ecklund sich erstreckt. Die Stärke soll im Ganzen etwa 8000 Mann sein. Die schleswig-holsteinische Armee ist bei Flensburg concentrirt, einschließlich der noch in Schleswig auf dem Durchmarsche befindlichen Truppen, wohl 10,000 Mann stark. Die Vorhut hat sich nördlich von Flensburg, bei der Erusauer Kupfermühle, stark verschanzt. Das Kieler Jägercorps ist in Tondern eingerückt.

Dänemark.

Kopenhagen, 6. April. Der König ist heute Morgen am Bord des Dampfbootes „Aegir“ zur Armee abgegangen. Das Dampfboot „Geyser“ mit der Fußgarde am Bord, und der Rutter „Neptun“ folgten. Die außerordentlichen Verhältnisse, welche durch das Auftreten einer sogenannten provisorischen Regierung in den Herzogthümern Schleswig und Holstein eingetreten sind, und die durch dieselbe veranlaßten insurrectionellen Bewegungen auch in einem Theile des Herzogthums

Schleswig, haben Se. Majestät den König bewogen, eine provisorische Regierungs-Commission mit ausgedehnten Vollmachten für das Herzogthum Schleswig allerhöchst zu ernennen. Diese provisorische Regierungs-Commission ist von Sr. Majestät ermächtigt worden, in Allerhöchster Namen alle nach der Lage der Sachen nothwendigen Schritte vorzunehmen, um die Civil-Verwaltung in gehörigem Gange zu erhalten und wo dieselbe gestört sein sollte, provisorisch zu reorganisiren.

Kopenhagener Blättern vom 3. April zufolge ist dort die zuverlässige Nachricht eingetroffen, daß Fehmarn von den Schleswig-Holsteinern besetzt sei; dieselben sollen das Leuchtfeuer ausgelöscht haben.

Oesterreich.

Wien, 8. April. Die in der Wiener Zeitung gemeldete Nachricht von der Abreise der Kaiserin Mutter und des Erzherzogs Ludwig war zu voreilig. J. M. sowie der Prinz weißt noch hier, die Kaiserin Mutter begiebt sich vermuthlich nach dem Schloß Persenbeug in Oberösterreich, Erzherzog Ludwig aber nach dem Schloßhof bei Preßburg. Die Vertreibung der Liguorianer, welche dieser Fürstin so viel zu verdanken haben, hat einen erschütternden Eindruck auf sie gemacht. Auf diese vorgeführten von hier vertriebenen Priester machen die Bauern in der Gegend von Egendorf ein förmliches Treibjagen, so daß die National-Garden herbei gerufen wurden, um sie zu retten. Sie haben hier große Befestigungen und viele Reichthümer zurücklassen müssen. — Der Minister Graf Hartig, der, obgleich die öffentliche Meinung gegen sich, seit Jahren in den italienischen Angelegenheiten vertraut ist, und früher dem Erzherzog Vizekönig in Mailand zugetheilt war, geht heute mit dem Hofrath Görnig, mit den in der Staats-Conferenz festgesetzten Pacifications-Vorschlägen nach Italien. Graf Hartig wird sich vorerst zum Vizekönig, und nach Umständen zum Marschall Radetzky begeben.

Wien, 9. April. Die Aufregung der studirenden Jugend und der Bürgerklassen dauert auf eine bedauerliche Weise fort, und Ragenmusiken folgen sich auf Ragenmusiken. Vergangene Nacht kam die Reihe an das Dominikaner- und Schotten-Kloster. Die Menge zog hierauf vor die Wohnung des verhassten Justizministers Grafen Taaffe, den Palast des päpstlichen Nuntius, und drang endlich in das Kloster der Mechitaristen in der Vorstadt St. Ulrich ein. Letztere, die durch die ebenso verhasste Familie Este im Jahre 1810 nach Wien hergezogen, und damals von der Erzherzogin Beatrix Este reichlich dotirt worden waren, hatten sich anfangs bloß mit dem Druck der orientalischen Schriften befaßt, allein nach einigen Jahren ruinirten sie sämtliche bürgerliche Buchdruckereien auf eine himmelschreiende Weise. Sie, die keine Steuern zahlen durften, druckten um den halben Preis in allen Sprachen und rissen sonach nach und nach alle Geschäfte an sich. Während sie sich von diesem Erwerbe Häuser und Palläste bauten, mußten die Bürger, deren Bitten bei dem gestürzten System niemals Gehör fanden, ihrem Ruin mit nassen Augen zusehen. Ist es nun ein Wunder, wenn sich bei der jetzigen jammervollen Krisis der Volkshass nach allen Seiten Luft macht? — Am meisten tobt jetzt die Masse gegen die höhere Geistlichkeit, die sich unter dem System des täglich mehr verfluchten Metternich ungeheure Reichthümer sammeln konnte. Nach allen Anzeichen sind wir noch lange nicht am Ziele angelangt. Gebe Gott, daß die Stände schnell einen Entschluß in der Klosterfrage fassen. — Die Wahl des erst aus der Konferenz entlassenen Grafen Hartig zum Unterhändler im lombardischen Königreiche findet im Publikum den bittersten Tadel. Es war klar, daß hierzu Deputirte der Landstände und einige der hier etablirten Mailänder Bankiers am tauglichsten gewesen wären. Die Bureaukratie findet nirgends mehr Vertrauen, um so weniger ein Graf Hartig, der schon früher in Mailand mit scheelen Augen angesehen wurde. — J. M. der Kaiser und die Kaiserin sind heute nach Preßburg abgereist. Eine ungeheure Menge begleitete den Monarchen bis zum Landungsplatz. — Der Banus von Kroatien Baron Tellaich, legte gestern den Eid in die Hände des Kaisers ab. Die Einverleibung des Königreiches Dalmatien in die Königreiche Slavonien und Kroatien soll definitiv beschlossen sein.

Wien, 9. April. Erzherzog Ludwig lebt im Exil auf dem Schloßhof am Marchfeld. Manche hegen die Beforgniß, daß die Nähe von Schloßhof noch immer feindlich drohe, indem es in der Linie des elektro-magnetischen Telegraphen liegt, der Wien mit Preßburg verbindet. — Auch in Neapel ist dem österreichischen Wappen eine ähnliche Schmach widerfahren, wie in Rom und in Genua, denn auch dort riß der Pöbel das Wappenschild herab und streifte es höhnend durch die Straßen. Der k. k. Gesandte am neapolitanischen Hofe, Fürst Schwarzenberg, hat darauf sogleich seine Pässe verlangt und ist abgereist. Das Königreich Neapel hat nun ebenfalls gegen Oesterreich den Krieg erklärt (s. Rom) und sendet 15,000 Mann Hilfstruppen nach der Lombardie, wo jetzt bereits sardinische, toskanische und päpstliche Soldaten stehen. — Es zirkulirt in hohen Kreisen eine Denkschrift aus der Feder eines bekannten Fürsten, worin der Aristokratie

der teuflische Rath ertheilt wird, sich zur Rettung der Adelsmacht mit dem Militär und dem Proletariat zu verbinden und gemeinschaftlich den anmaßenden Bürgerstand zu bekämpfen.

*** Breslau, 10. April. Der Gazetta Krakowska entnehmen wir in Betreff der Krakauer Zustände Folgendes. Der Kreishauptmann Baron Krieg hat in Vertretung des außerordentlichen Hofcommissars, Grafen Deym, die Bildung eines Comités aus Krakauer Einwohnern genehmigt, das in Betreff der Wünsche des Volks den Vermittler zwischen der Regierung und dem Volke machen soll. Die Zahl der Mitglieder dieses Comités ist 14; die bekanntesten derselben dürften der Fürst Stanislaus Jablonski, Joseph Krzyzanowski, und J. Belski sein. Die Bedingungen, unter denen die Staatsbehörde die Bildung dieses Comités gestattet hat, sind: daß die Gegenstände der Berathung sofort dem außerordentlichen Hofcommissarius vorgelegt werden, und daß ohne dessen Einwilligung von Seiten des Comités keine Veröffentlichungen oder Aufforderungen unternommen werden. Die Deputation, welche die Bildung dieses Comités bei dem Kreishauptmann beantragt hatte, hat diese Bedingungen angenommen, so wie auch die, die weiteren Bestimmungen in Betreff der Wirksamkeit des Comités und der dasselbe bildenden Personen die kaiserlichen Beschließungen abzuwarten. — Der in Krakau erscheinende Dziennik narodowy giebt den Polen in dem Königreich Polen und den Litthauern den Rath, daß sie nicht früher einen Aufstand unternehmen möchten, als bis Posen und Galizien der durch Deutschlands Erhebung ihnen versprochenen und in Aussicht gestellten nationalen Freiheit theilhaft geworden sind; dann erst könnten diese Provinzen ihnen thätigen Beistand leisten. Aber auch in dem Falle hätte für sie die Stunde des Aufstandes geschlagen, wenn Gott in den Russen das Schamgefühl erweckt haben wird, so daß sie selbst die Bestialität ihrer Regierung stürzen. Die durch das Blatt der Murawjows, Nijewski, Besluzens berufenen streben ebenfalls danach, sich an die europäische Familie anzuschließen. Der Dziennik narodowy, welcher bekanntlich von H. Miciszewski redigirt wird, soll sich überhaupt durch seine leitenden Artikel, welche die politischen Fragen der Gegenwart besprechen, auszeichnen. Das andere in Krakau neuerdings entstandene Blatt Intrzeeka (die Morgenröthe) ist mehr den localen Interessen gewidmet. Die Gazeta Krakowska verbleibt, nach ihrer eigenen Erklärung, Organ der Regierung, und wird als solches nur auf Mittheilung von Thatsachen beschränkt.

Preßburg, 8. April. Die Nachricht von der Ankunft eines Gesandten der französischen Republik in Wien, welche der Finanzminister Kossuth in der Deputirten-Kammer angezeigt, hat diese in sehr freudige Stimmung versetzt. Die Beforgnisse, welche die russischen Truppenansammlungen an der galizischen Grenze erregen, sind dadurch etwas vermindert worden. Der Erzherzog Stephan und der Premierminister Graf L. Batthany befinden sich in Wien und werden erst morgen mit dem Herrscherpaar hier eintreffen. Auch der Finanzminister Kossuth war in Wien und ist erst gestern zurückgekehrt. Es soll dort eine sehr angelegentliche Berathung stattgefunden haben, als deren Hauptgegenstand eine vom König beehrte Rekrutenaushebung von 100,000 Mann bezeichnet wird. Gegen solche Aushebung spricht sich bereits im Publikum und bei den Deputirten eine entschiedene Aversion aus. Das Ministerium darf es kaum wagen, sie in Vorschlag zu bringen, ohne seine Popularität gänzlich zu verlieren. Man hat geglaubt, daß sie in der heutigen Vormittagsitzung zur Sprache kommen werde und es hatten sich daher auch mehrere hohe Stabsoffiziere eingefunden. Es war aber nicht die Rede davon. Zwei sehr wichtige Gesandtschaften erschienen heute in der zweiten Kammer, die eine aus Pesth, welche die Verteidigung sämtlicher Minister verlangt, die andere aus Neufak, welche den bereitwilligen Anschluß der Servier an Ungarn unter Beibehaltung der eigenen Nationalität u. s. w. mündlich und in einem Dokument ausspricht. In Semlin und Mitrovics wehen serbische Fahnen neben den ungarischen.

Mailand, 1. April. Unser offizielles Blatt: „Il 22 Marzo“ enthält (31. März) folgende Bestimmungen: Die Israeliten sind in den vollen Besitz aller bürgerlichen und politischen Rechte eingesetzt. — Es soll eine Sicherheitswache von 1000 Mann errichtet werden als Ersatz der alten Polizeiwache. — Die Villa Pizzo, dem Ex-Vizekönig gehörend (auf dem Lago di Como) ist von der Nation unter Sequester gelegt. — Die freiwilligen Gaben für die Kriegs-Spesen belaufen sich bereits auf 1,038,519 Lire di Milano, und wachsen von Stunde zu Stunde. — Die freiwilligen Gaben zu Gunsten der Verwundeten belaufen sich auf 70,000 Lire, andere bedeutende Privathülfe und Unterstützungungen nicht mit begriffen.

Die provisorische Regierung von Mailand hat einen Stafettendienst einrichten lassen, um täglich ein Bulletin vom Kriegsschauplatz zu erhalten. Das neueste (vom 30. März) lautet: Die lombardischen und schweizerischen Freikorps sind in Brescia. Der piemontesische General Des ist mit dem ersten Armeecorps von 50,000 Mann bis jenseits Chiari vorgezogen. Ge-

neral Trotti mit einem zweiten Corps von 80,000 Mann war heute in Lodi. Der König Karl Albert mit dem Herzog von Genua zog heute an der Spitze von weiteren 8000 Mann von Pavia aus und wird diesen Abend in Lodi eintreffen. Der Herzog von Savoyen folgt ihm mit 2000 Mann. Bei diesen Truppen befinden sich 100 Stück Geschütz. 10,000 mer und 7000 Toskaner kommen über Bologna und Ferrara an die Ufer des Po, welchen sie bei Ponte Lagoscuro überschreiten werden. Man sagt, in Bagnolo hätten die lombardischen und schweizerischen Freikorps 7—800 Mann, worunter 50 Offiziere, überzumpelt und zu Gefangenen gemacht und eine Kriegskasse erbeutet. Radetzky war in den letzten Tagen bei Degli novi und Soncino; die österreichischen Truppen stehen an den Ufern des Dlyio; es scheint, sie haben auf Mangel an Proviant den Gedanken, sich nach Mantua zu werfen, aufgegeben.

Das Mailänder Bulletin vom 1. April früh lautet: „Die Vorhut des piemontesischen Heeres, von dem bereits ungefähr 40,000 Mann den Ticin überschritten haben, stand am 31. März unter General Trotti in Crema; am 1. April muß der Kern des Heeres unter dem König selbst in Crema eintreffen. Die Oesterreicher scheinen sich gegen Verona zu ziehen; das offene Feld zu halten, wird ihnen durch die Ueberschwemmungen des Flachlandes unmöglich gemacht.“ Dasselbe Bulletin vom 1. April Abends sagt: Die Oesterreicher sind 4 Meilen jenseits Brescia, über St. Eufemia hinaus; das vom 2. April endlich: „Gestern bewegte sich Radetzky mit 6000 Mann von Montebelluna über Desiano nach Verona; voran gingen ihm Kommissäre, welche überall zur Auflösung der Nationalgarde u. s. w. aufforderten; Nord und Süd wurden nicht vor Verona werden sich 22,000, in Peschiera 2,500 Mann sammeln.“

Italien.

Rom, 30. März. Ereignisse, welche als abgerundete Thatsachen in die Geschichte des Tages eingetretten, sind nur wenige, aber um desto bedeutendere gekommen. Das zwischen dem König Ferdinand II. und den übrigen konstitutionellen Staaten Italiens abgeschlossene Offensivbündniß gegen Oesterreich ist seit gestern officiell. Der aus Kurier aus Turin hier eingetroffene Graf Nigron brachte dem päpstlichen Kriegsminister Fürsten Aldobrandini die Wünsche König Karls Alberts in Bezug auf eine neue Mobilisirung päpstlicher Freikorps, und ging diesen Wünschen in aller Eile mit derselben Mission nach Neapel. Fürs erste hat König Ferdinand dem italienischen Operationsheer 8000 Mann Reiterei zugesagt, welche gewiß in wenigen Tagen hier eintreffen, den päpstlichen Segen zu ihrem Unternehmen auf dem Quirinal empfangen und darauf ungesäumt weiter ziehen werden. Von dem römischen Kreuzherr mußten mehrere zwölf- und dreizehnjährige Knaben schon am zweiten Marschtag zurückgeschickt werden, weil sie sonst unter den Strapazen erliegen würden. Adjutant des die römischen Freischaren kommandirenden Generals Ferrari ist der mit dem Fürsten von Carini im vorigen Jahre aus Venedig verwiesene Literat Wolf. — Die wichtige Frage über das Bleiben oder Nichtbleiben der Gesellschaft Jesu in Rom ist nun seit gestern Abend definitiv entschieden. Bereits Nachmittag verlaufen die von all dergleichen sehr wohl unterrichteten Winkelprediger auf allen Straßen und Plätzen ein eilig zusammengeschriebenes Flugblatt, welches dem Publikum den Entschluß Sr. Heiligkeit bekannt machte, noch ehe derselbe den Jesuiten notificirt war. Die Schadenfreude des liberalen Volks theils über die dem Papste abgetroffene, in der Geschichte der Hierarchie beispiellose Auflösung des Ordens in der Hauptstadt der kathol. Welt war eben so groß und allgemein, als sein bisheriger politisch-kirchlicher Einfluß allmächtig gewesen. Der Generalvicar, Cardinal Patrizi, erschien sonach gestern Abend um 9 Uhr im deutschen Collegio beim Suitengeneral Pater Kothan, um ihn mit dem Willen Sr. Heiligkeit bekannt zu machen. Auch hiervon sehr gut unterrichtet, zog das Volk noch ein Mal vor die vom Orden bewohnten Paläste und sang das Miserere; tausende von Sängern traten in feierlicher Revolutionsproceßion mit Crucifixen und brennenden Kerzen, einen Pfarrer an der Spitze, auf. Diesen Morgen läutete die schöne Silberglocke des Collegio Romano nicht mehr; denn seit heute hat der Orden seine Lebranstalten schließen müssen. Als zuverlässig kann ich versichern, daß die Mönche in Civita vecchia eingeschifft werden, um sie nicht durch irgend einen italienischen Staat gehen zu lassen, nachdem sie überall verwiesen sind. — Ein nicht weniger bedeutender Regierungsakt Pius IX., als der in Bezug auf die Mitglieder der Gesellschaft Jesu ward gestern in der Sitzung Civita Castellana (ungefähr 9 deutsche Meilen von Rom) ausgeführt. Auf wiederholte Vorstellungen des neuen Polizeiministers Galletti und des Herzogs von Regnano wurden nämlich sämtliche dort eingekerkerte politische Verbrecher, welche die Anwesenheit wegen begangener Mordthat u. von ihrer Wohlthat erlaubte, in völlige Freiheit gesetzt. Alle mazzschiren gegen Oesterreich, um, wie sie sagen, nach Italiens Befreiung den Polen zu helfen.

Rußland.

1. Breslau, 10. April. Ein uns heute zugewandenes Schreiben will einzelne in diesen Blättern enthaltene, namentlich aus der Königsb. Zeitung entnommene Nachrichten über die Zustände in Polen, als nicht der Wahrheit gemäß, berichtigen. Wir glauben darauf Gehör geben zu müssen, und entnehmen dem Schreiben das

ber einige Notizen. — Der Einsender hat Warschau am 6. April verlassen. Bis zu diesem Tage war in Warschau weder eine Feuersbrunst, noch befürchtete man das Bombardement der Stadt. Die russische Regierung trifft zwar alle denkbaren Vorsichtsmaßregeln, allein so schnell, wie man es Seitens der Russen gar nicht gewöhnt ist. — Der vom Fürsten Paskeiwitsch verlangte Militärzuwachs ist angelangt und an die Grenze abgegangen. 100.000 Mann sollen nachfolgen, wenn es die Nothwendigkeit erheischt. — Warschau wird zwar von Patrouillen durchzogen, allein das Leben in der Stadt gleicht mehr einer Carnevals- als Kriegeszeit. Man hört überall die fröhliche Musik, weil die Polen ihre Rettung von Deutschland erwarten und sich dieser zu vergewissern geben. In den Theatern werden täglich Nationaltänze unter großem Jubel aufgeführt, wozu der Statthalter seine Genehmigung gegeben hat. — Auch auf dem Lande herrschte die größte Ruhe, und die Bauern sollen sogar Besorgnis darüber haben, daß die polnischen Edelleute zurückkehren könnten. — Der Einsender widerspricht ferner aufs Bestimmteste der Nachricht, nach welcher Herr von Niederstetter von den Russen gehängt worden sei. Er habe am 5. d. M. die ganze Nacht mit ihm zugebracht.

Warggrabowo (an der polnisch-ostpreussischen Grenze). 3. April. So eben hat der Stellvertreter des Landraths dem Oberpräsidenten von Preußen die Anzeige gemacht, daß in Ragrod, einem polnischen Städtchen an der großen Straße von Petersburg nach Warschau, dicht neben der preussischen Grenze, 300 russische Geschütze angekommen sind, die wahrscheinlich die dortige Chaussee benutzen, um nach Warschau vorzugehen, während die Truppen weiter im Lande ziehen mögen, da ein so großer Artilleriepark wohl eine bedeutende dazu gehörige Armee voraussetzt. (3.-H.)

Großbritannien.

London, 4. April. Die „Times“ fährt fort, sich hinsichtlich Schlesiens unfreundlich gegen Deutschland, und namentlich gegen Preußen, auszusprechen. Sie nennt das Verlangen des preussischen Kabinetts, daß der König von Dänemark nicht seine eigenen Truppen in seine eigene Provinz Schleswig schicken solle, eine übermüthige Annahme. Indessen droht sie uns bis jetzt nur mit Russland, nicht mit einer englischen Flotte. In der That würde jeder Krieg wegen ausländischer Händel bei der großen Masse des englischen Volkes nicht beliebt sein. Und dessen Stimmung fällt gerade sehr schwer in die Waage.

London, 5. April. In der City lief das Gerücht, 6 Kriegsschiffe hätten Befehl erhalten, sich sofort in den Sund zu begeben (offenbar auf Requisition des englischen Konvuls in Kopenhagen). Man fragte nach Kriegsprämien im Lloyd auf baltische preussische Kriegsschiffe; es wurden Angebote von zehn Guineen ausgeschlagen. — Die Chartistenbewegung greift mächtig um sich. In London sitzt seit gestern ein förmlicher Konvent, der die Vorbereitungen zu der Riesendemonstration am 10. d. trifft.

Frankreich.

Paris, 5. März. Louis Philipp hatte die Gewohnheit, alle Papiere von Personen, welche ihm Geheimnisse anvertrauten, die ihm oder seinen Ministern Nutzen oder Gefahr bringen oder deren er sich früh oder spät als Waffe bedienen konnte, in zwei große Mappen zu schließen, die in der Eile der Flucht hinter das Kabinet des Königs in einen dunkeln Winkel geworfen wurden. Diese beiden Portefeuilles, so reich an Geheimnissen, welche die ganze Welt interessieren und deren Existenz man kannte, hielt man für verloren, gestohlen oder vernichtet, denn kein Mensch entdeckte eine Spur von ihnen seit der Einnahme der Tuilerien. Am 9. März Morgens endlich erschien ein ehemaliger Lakay vor der provisorischen Regierung mit der Anzeige, daß er bereit sei, den Ort anzugeben, wo diese beiden Portefeuilles ständen. Sogleich beorderte man einige Männer, ihn zu begleiten und man fand wirklich hinter der Wand eines finsternen Seiten-Ganges die beiden Behälter so manch' europäischen Geheimnisses. Sie befinden sich in den Händen der provisorischen Regierung, die sie natürlich der Öffentlichkeit übergeben muß. Die Denunziation Blanqui's über den Stand der demokratischen Parteien im Jahre 1839; die Machinationen gegen die Contemplative, der Liste der Empfänger der geheimen Gelder sind schon kleine Anfänge, die bald fortgesetzt werden dürften. Die provisorische Regierung hat gestern Abend auf die beiden Haupt-Eisenbahnen — Orleans- und Central-Bahn — den Sequester legen lassen. Den Bahnadministrationen ist der Befehl zugegangen, daß die Gesamtverwaltung beider Linien sofort unter das Ministerium der Staatsbauten tritt. Diese Maßregel ist zwar nur provisorisch (wie Alles was die provisorische Regierung thut); allein sie kann als der Anfang einer Menge ähnlicher ökonomischer Maßregeln angesehen werden. Als Grund der vorläufigen Sequestration wird angegeben „daß die Aktiengesellschaften für den Transport keine genügende Garantien mehr böten.“ Ueber den Ankaufspreis aller übrigen Bahnen und Aktien-Unternehmungen sind Regierung und Aktionäre noch nicht einig. — Dem Vernehmen nach werden die Blessirten, die in den Tuilerien

liegen, bald in andere Gebäude gebracht werden. Die Tuilerien (seit dem 24. Febr. Lazareth oder Hôtel des Invalides civils) sind wieder zum Sitz der Regierung bestimmt.

Paris, 5. März Abends. Eine telegraphische Depesche zeigt der Regierung an, daß in Chambéry am Sonntag (2. April) die Republik proklamiert worden ist. — Bei der Eifersucht, mit der England dem Sturme in Italien folgt, hat diese Nachricht ihre Wichtigkeit. — Es ging heute hier das Gerücht, das Kabinet von Berlin habe Unterhandlungen behufs Abschlusses eines Defensiv- und Offensiv-Vertrages mit der französischen Republik angeknüpft und die diesfällige Eröffnung hätte bei der provisorischen Regierung geneigtes Gehör gefunden. — Heute Nachmittag ist der Generalstab der deutschen Handwerker-Legion, mit Herrn Bornstedt an an der Spitze, nach Strassburg aufgebrochen. — An der Börse wurde behauptet, in Lyon sei ein sehr ernstes Aufrehr des Proletariats gegen die Bourgeoisie (das Volk gegen die reichen Bürger) ausgebrochen; Blut sei bereits geflossen und man schlage sich noch. Doch lassen wir natürlich dahingestellt, wie viel bei diesem Gerücht auf Rechnung der so leicht einzuschüchternden Haussiers und der Gewandtheit der Baissiers zu schreiben sein dürfte. Im Ministerium konnten wir bis diesem Augenblick (5 Uhr) nichts erfahren.

Paris, 6. April. Die Oberst- und Oberstlieutenants-Wahlen für die dreizehn Legionen (vorunter eine reitende) der Pariser Nationalgarde sind, bis auf einige Doppelfunktionen, brendig und durchaus republikanisch ausgefallen. — Ein Dekret des Unterrichts-Ministers Carnot ruft den durch sein jüngstes vollstündliches Geschichtsbuch wohl auch im Auslande bekannten Henri Martin an Gulets Stelle zum Professor der modernen Geschichte an die wissenschaftliche Akademie. Lenormant und Wallon vertreten bekanntlich Guizot seit 1830 auf diesem wichtigen Lehrstuhle. — Der Kommandant der Pariser Nationalgarde zeigt derselben im Moniteur an, daß das Leberzeug und der Säbel abgeschafft sind. Ein einfacher Gürtel wird die Patronentasche festhalten. — Das Sequester der Orleans- und Central-Bahn fiel wie eine Bombe in die Mitte unserer Aktienwelt. Die ganze Börse erzittert. Die kleinen Aktionäre sind wüthend gegen einige Glieder der haute finance, die unter der Decke spielen, und die sie offen des Diebstahls und der Betrügerei anklagen. In dieser Gährung hielten gestern die Chefs obiger Bahnen eine Versammlung, nach deren Schluß sie die öffentliche Meinung durch folgende Erklärung kühlen zu müssen glaubten: „Die Verwaltungsräthe der Orleans- und Central-Bahnen versammelten sich heute in außerordentlicher Sitzung, um über die Lage zu berathen, in die sie das Sequester-Dekret vom 4. d. versetzt. Sie haben beschlossen: Erstens. Die Aktionäre beider Gesellschaften binnen der in den Statuten festgesetzten Frist zu einer Generalversammlung unmittelbar zusammenzurufen und für die Orleansbahn den 27. April und für die Centralbahn den 28. desselben bestimmt. Zweitens. Die Aushebung des Sequesters ist sofort in der möglichst kurzen Frist bei der prov. Regierung zu beantragen. Drittens. Während der Dauer des Sequesters alle Maßregeln zu ergreifen, welche die Inhaber von Aktien oder deren Cessionarien in ihren Rechten vollständig sichern, wie dies übrigens das Gouvernementsdekret selbst ausspricht. (gez.) H. Vanes, Direktor u. — Die „Reforme“ trägt bei der prov. Regierung auf Erlassung nachstehenden Dekrets an: 1) Das Amt eines Landtags-Abgeordneten ist mit jeder anderen amtlichen und bezahlten Beschäftigung unverträglich. 2) Jeder Beamte, der die Abgeordneten-Wahl annimmt, geht seines Amtes verlustig und ist sofort zu ergeben. — Die Debats, die so lange sie Hofblatt waren, dem russischen Kabinet huldigten, haben seit dem 24. Febr. natürlich die Fahne gewechselt und fallen jetzt Preußen — dem armen Preußen, das es seine Federspize beim vorigen Landtag so einbarmerzig fühlen ließ — um den Hals, um ihm zu danken, daß es Russland, den Barbaren, jenseits des Dnieper und der Duna zurücktreiben und Polen wieder herfallen will. — Graf Montalembert hat nun auch sein Wahlmanifest erlassen und möchte gern in die Nationalversammlung gewählt werden. Das wird einen schönen Skandal abgeben, wenn derselbe Mann, der in der Pairieskammer das Andenken an die Republik verfluchte, im Saale erscheinen sollte! Wir erleben das Unglaubliche! — Wir melbeten gestern, daß Preußen der französischen Republik einen Offensiv- und Defensiv-Vertrag behufs der Herstellung Polens abzuschließen, im Begriff stehe, und versprochen Auskunft. Wir konnten sie jedoch bis Postschluß nicht erhalten. — Savoyen (Hauptstadt Chambéry) ist wirklich Republik und will sich entschieden an Frankreich schließen.

Paris, 6. April Abends. Die provisorische Regierung hat eine telegraphische Depesche aus Chambéry erhalten, die ihr anzeigt, daß am 4. April es einer reaktionären Bewegung gelungen sei, die Repu-

blik wieder abzuschaffen und die provisorische Regierung zu verjagen. Die Behörden Karl Alberts sind wieder an ihre Stelle getreten. Im Ganzen waren kaum 800 Savoyarden, die aus Frankreich unwaffnet zurückkehrten und eine Zahl Genfer Patrioten bei Einföhrung der Republik thätig.

(Börse vom 6. April.) Unsere Börse war heute ungemein belebt und die Renten gingen namhaft in die Höhe. Dieses Steigen hat in einigen Gewinnrealisationen und in der nach Berlin gelangten Depesche des Kaisers von Russland „sich nicht in die westländischen Angelegenheiten zu mischen,“ seinen Grund. — 3% 36 (40 wovon 1/2 Prämie pro ultimo) 4%, 46, 5% 52 (56% pro ultimo). Die Schatzscheine ruhen auf 48 (also um 2%) Bank 1070. Spanische 15. Piemont 650. Römische 50. Belgische 3% 30% dito 1842er 49%. Pariser Stadtbl. 930. Vier Kanäle 655. Zinkbergwerke 2000. — Verfallenes rechtes Ufer 90. dito linkes 85. Orleans 120. Rouen 200. Havre 140. Avignon 197 1/2. Basel 70. Vierzehn 200. Bordeaux 352 1/2. Nord 308 1/2. baar 305 Seit. Lyon 296 1/2. Strassburg 333%. — Nantes 332 1/2. (Nach 4 Uhr kein Geschäft.)

Spanien.

Madrid, 30. März. Die Verhaftungen dauern fort. Mehrere der wichtigsten Personen sind geflohen; darunter der Generalmajor Triarte. Narvaez verfährt mit unerbittlicher Strenge. Die Königin hat den Kapitän Espagna und den Franzosen Barbès noch nicht begnadigt. Man weiß, daß sie die Bewegung leiteten. Barbès ist nicht mit dem Pariser Barbès, Präsidenten des Club de la Revolution, zu verwechseln. In Sagragossa sollen ebenfalls Unruhen ausgebrochen sein. Doch wird ihnen in den ministeriellen Blättern widersprochen.

Madrid, 31. März. Unter den Arrestirten befinden sich auch Dolz, a und Galvez Canero (letzterer Redakteur des Clamor publico). Sie sind beide unter starker Eskorte nach Cadix geschickt worden. Aus den Provinzen keine neue Hiobsposten. Die Königin besuchte die Militär- aber nicht die Civil-Verwundeten des letzten Aufstandes.

Belgien.

Brüssel, 4. April. Die Kammer nahm heute den außerordentlichen Kredit von 9 Millionen für die Kriegsbedürfnisse an und zwar mit 74 gegen 5 Stimmen an. Bei dieser Gelegenheit hielt Herr Rogier eine glänzende Lobrede auf unsere Verfassung, deren Freiheiten von den Völkern Europas unter Stürmen und Gefahren erst erkämpft wurden, wobei er den Wunsch aussprach, daß nach der Ueberwindung dieser Kämpfe die europäischen Völker ihre Freiheiten mit eben solcher Ruhe genießen möchten, als schon heute Belgien in deren Genuß sei. Bei allem Vertrauen auf die Versicherungen und Loyalität des provisorischen französischen Gouvernements hält er es aber für nöthig, daß man die Verhältnisse ins Auge faßt, unter denen Frankreich heute stehe, Belgien müsse jedenfalls im Stande sein, sich zu vertheidigen und jeden Angriff mit Kraft zurückzuweisen. — So eben erfahren wir, daß am Montag ernste Unruhen zu Dänkirchen ausgebrochen, einige Häuser von Engländern und Belgiern wurden geplündert; darunter auch das Haus des belgischen Konsuls.

Brüssel, 6. April. Es bereitet sich, wie man vernimmt, ein neuer sogenannter belgischer Frei-Corps-Zug an der französischen Grenze vor. Es steht aber demselben ein eben so schmähtlicher Ausgang wie dem frühern bevor, denn die Regierung hat die nöthige Maßregel getroffen, und die Grenzbevölkerung ist auf ihrer Hut. Die Freischärler sollen Kanonen bei sich haben. Wer hat sie ihnen gegeben? fragt ein belgisches Blatt. Mit Recht sagt die „Independance“, der Zug würde nur ein Raubzug sein, denn die Leute, welche daran Theil nähmen, wüßten ganz gut, daß es ihnen nicht gelingen könne, die belgische Regierung zu stürzen, allein sie hätten es auf Plünderung des wohlhabenden Belgien abgesehen und würden sich dann mit ihrer Beute wieder nach Frankreich zurückziehen. — Die finanzielle Lage bessert sich. Die Arbeiten beleben sich. Die Wechsel gehen gut ein. Am 31. März sind von 1500 Wechseln, welche die belgische Bank einzulassiren hatte, nur 60 protestirt worden. Das Geld erscheint wieder auf den Börsen, durch die niedrigen Preise der Effekten und die Sicherheit hingelockt, daß der Staat seinen Verpflichtungen nachkommen wird.

Griechenland.

Laut Berichten aus Athen vom 20. März war dort ein neues Kabinet mit Konturliotis an der Spitze gebildet worden. Maurokordatos befindet sich nicht unter den Ministern. (Französische Blätter enthalten das wahrscheinlich ungegründete Gerücht, daß in Athen ein Aufstand ausgebrochen, und bei demselben zwei Minister ermordet worden wären.)

Lokales und Provinzielles.

Breslau, 10. April. Gestern Mittag begaben sich der Magistrat, die Stadtverordneten und Bezirksvorsteher, begleitet von der bewaffneten Einwohnerschaft, zum Oberpräsidenten v. Buder. Der Bürgermeister Bartsch hielt folgende Anrede:

„Als Se. Majestät der König Sie von der ersten Stelle der städtischen Magistratur an die Spitze der Provinz berief, erfüllte Breslau ein stolzes, über die Sorgen einer ersten Zeit beruhigendes Gefühl, den freisinnigen Mann seines Vertrauens und seiner Wahl in einen so ausgezeichneten und wichtigen Wirkungskreis erhoben zu sehen. Vor dem Hinblick auf das, was das Wohl des Vaterlandes erheischt, muß unsre Trauer über Ihr Ausscheiden von der Leitung der städtischen Angelegenheiten zurücktreten: nicht aber kann Breslau, indem es dem Vaterlande und Ihnen, Herr Oberpräsident, Glück wünscht, dem Bedürfnisse der Herzen widerstehen, Ihnen seinen Dank öffentlich auszusprechen für die seltenen Verdienste, welche Sie sich im Laufe weniger Jahre, zuletzt noch unter gefahrvollen Umständen, um die Stadt erworben haben. Von dem Magistrats-Collegium insbesondere empfangen Sie, hochverehrter Mann, den ungetheilten Ausdruck des Dankes für Ihre bisherige, eben so feste, als geistes- und thatkräftige Leitung unserer Arbeiten auf der Bahn des Fortschritts, unseres innigen Dankes für die herzogwinende Collegialität, deren Erweisungen uns stets unvergesslich bleiben werden.“

Gott segne Sie in Ihrem hohen Berufe; er segne durch Sie das freie Vaterland!“

Der Stadtverordneten-Vorsteher überreichte mit einigen einleitenden Worten nun folgende Adresse:

„In der Geschichte der Völker giebt es Epochen, in denen an den Einzelnen der Ruf ergeht, seine Person mit allen ihren Kräften einzusetzen für die Wohlfahrt Aller, dem Dienste des Vaterlandes jedes Opfer zu bringen, das Opfer äußerer glücklicher Verhältnisse, der Unabhängigkeit und Ruhe.“

„An Sie erging ein solcher Ruf. Das allgemeine Vertrauen der Provinz Schlessien, die einmüthige Stimme aller Klassen und Stände forderte, daß in schwer bewegten Zeiten Ihre Hände die Leitung der Provinz anvertraut werde.“

„Sie sind diesem Rufe gefolgt, die Schwierigkeit Ihrer Mission in deren ganzem Umfange erkennend, opferten Sie einen Wirkungskreis, in welchem Sie umgeben von der Liebe und Verehrung Ihrer Mitbürger die Erfüllung Ihrer Wünsche fanden.“

„Aber auch Ihren Mitbürgern legte dieser Ruf ein schweres Opfer auf. Das Vertrauen, welches Sie vor 5 Jahren aus weiter Ferne an die Spitze unserer städtischen Verwaltung gerufen, fand seine vollste Erfüllung, unter Ihrer Leitung stand Breslau in den Reihen der Kämpfer für geistige und politische Freiheit, unter Ihrer Leitung entwickelten sich auf die gedeihlichste Weise seine materiellen Zustände, in Ihnen fand jeder Ihrer Mitbürger den väterlichen Freund, den mitleidenden Bruder, und als der Freiheitsdrang aufbrauste und sein lang zurückgehaltener Strom die Ufer der gesetzlichen Ordnung zu durchbrechen drohte, da erhielten Sie ihn mit kräftiger Hand in seinem Bette, daß er ungeschwächt von überströmendem Gewässer, desto gewaltiger seinen Lauf fortzusetzen und jedes Hemmnis zu bewältigen vermochte.“

„Doch Sie scheiden ja nicht aus unserer Mitte, Sie wollen uns ferner angehören als Breslaus treuester Bürger. Wir nehmen dies Gelübde an, empfangen Sie dagegen das unfrige: in dem schweren Berufe Ihres Amtes Ihnen unverbrüchlich treu zur Seite zu stehen, gewärtig zu bleiben Ihrer Mahnung, Sie in unseren Herzen hoch zu halten als Breslaus erster Bürger.“

„So werde an die Stelle des alten Bundes ein neuer errichtet, gleich stark und unauflöslich, bethätigt durch das vereinte Bestreben, aufzurichten und auszurüsten das ganze Gebäude unserer jungen Freiheit, damit es ruhend auf den Säulen der gesellschaftlichen Ordnung für immer gesichert sei gegen die Stürme von innen wie von außen.“

Breslau, den 9. April.

Die Stadtverordneten.

Der Oberpräsident erwiderte die Ansprache beider Herren zugleich mit Bezug auf sein Schreiben an die Stadtverordneten und auf die Adresse. Er hob besonders hervor, daß seine Wirksamkeit in dem Vertrauen den alleinigen Stützpunkt finde, daß er zum Wohl der Provinz jedes Opfer bringen wolle, daß er unter allen Verhältnissen der treueste Bürger der Stadt bleiben werde, worauf er, zur „Bekräftigung des alten Bündnisses“, wie er sich ausdrückte, beiden Herren die Hände reichte, und sie dann umarmte. Er habe, fuhr er noch fort, mit dem Magistrat Rücksprache genommen, daß er dann und wann dessen Sitzungen beizuwohnen werde, um sogleich mündlich Auskunft zu geben, damit der lange Weg der Schriftlichkeit vermieden werde. Auf eine Bemerkung des Vorstehers erwiderte er, daß es allerdings sein Wunsch sei, auch den alten ihm lieb gewordenen Sitz in der Stadtverordneten-Versammlung einnehmen zu dürfen, worauf der Vorsteher erklärte, daß die Versammlung gewiß mit Freuden darauf eingehen werde. Hierauf betrat der Oberpräsident den Balkon in Begleitung der Anwesenden, um die vorbeidessirenden Truppenzüge, welche mit lautem Hurrah und klingendem Spiele vorüberzogen, zu begrüßen. Die Compagnieführer, mit dem Kommandirenden, Herrn Molinari, an der Spitze, traten darauf bei dem Oberpräsidenten ein, eben-

falls Versicherung der alten Liebe und Anhänglichkeit aussprechend. Der Oberpräsident verband mit dem Danke die Worte, daß die bewaffnete Bürgerwehr stets mit dem ganzen Volke in Eintracht Hand in Hand gehen werde und müsse, weil hierin besonders Bürgerschaft für Ruhe und Ordnung liege. Erst gegen 12 $\frac{1}{2}$ Uhr entfernten sich die Anwesenden.

△ Breslau, 10. April. Referent erklärt zunächst den Lesern, daß er fortan nur über diejenigen Versammlungen berichten wird, welche zu einem bestimmten Resultate, welches das allgemeine Interesse betrifft, geführt haben. Das Freikorps hielt am Sonnabend Abend im Liebig'schen Lokale eine Versammlung. In derselben wurde zuerst die Erklärung der Führer des Freikorps vorgetragen, in welcher dem Generalkommando der städtischen Bürgerwehr die Gründe ausinandergesetzt wurden, weshalb das Freikorps an der auf den Sonntag angesetzten Parade der Bürgerwehr nicht Theil nehme. Die Gründe wurden von der Versammlung gebilligt. Die schon früher angeregte Bildung von Klub's wurde wieder zur Sprache gebracht. Es erboten sich die Herren Asch, Hopoll, Rosenhahn, Dyhrenfurth, Rosenbaum und Brehmer zur Bildung und Leitung von Klub's, die jedoch nicht ausschließlich das Prinzip der Demokratie vertreten, sondern auch Mitglieder, welche einer andern politischen Richtung angehören, aufnehmen sollen. Die darauf geführte Unterhaltung über die Frage, wie auf die Urwahlen einzuwirken sei, kam zu keinem bestimmten Resultate. — Das Engländermann'sche Freikorps hatte gestern Nachmittag Exercitien auf der Viehweide, denen ein großer Theil hiesiger Einwohner als Zuschauer beiwohnte. Allgemein wurde die Anerkennung über die Gewandtheit und Präcision, welche dieses Korps in allen seinen Bewegungen an den Tag legte, laut ausgesprochen.

Die am 6. d. M. im Saale des „Fürsten Blücher von Wahlstatt“ berathene Adresse veranlaßt mich, nachstehendes einzufür allemal zu erklären:

1) Diese Adresse ist nach vorgängiger Prüfung und Erörterung von der zahlreichen Versammlung einstimmig angenommen worden.

2) Ueber den wahren Sinn und die eigentliche Absicht derselben kann für jeden Wohlgesinnten kein Zweifel vorwalten. Die Versammlung, welche die Adresse beschloß, hat, ist von dem Geiste ächt konstitutioneller Freiheit befeuert gewesen. Von einer beabsichtigten Reaktion hat sich keine Spur ergeben. Gegen jede Reaktion darf somit feierliche Verwahrung eingelegt werden.

3) Am wenigsten ist die Adresse gegen die gesetzlich erlaubten Volksversammlungen an sich gerichtet, die Versammlung am 6. d. M. hat vielmehr mit Freuden von dieser Erregung der neuesten Zeit selbst Gebrauch gemacht.

4) Ebenso wenig hat es auch nur entfernt in der Absicht gelegen, Mißtrauen oder Zwietracht zu säen.

5) Veranlassung zur Adresse hat lediglich der Gesamteindruck der hiesigen Zustände und die Hoffnung gegeben, dadurch zur Wiederherstellung des Vertrauens, der Ruhe und der gesellschaftlichen Ordnung beizutragen, ohne welche die Freiheit unmöglich, die Ordnung der gesellschaftlichen Verhältnisse unausführbar und die Hebung der gestörten Gewerbe- und Arbeiter-Zustände unthunlich erscheint.

6) Deshalb hat die Adresse allein die Bestrafung wirklicher Gesetzesübertretungen bezweckt.

Ich wünsche von Herzen, daß diese Erklärung zu einer richtigen Beurtheilung der Adress-Angelegenheit beitragen möge!

Breslau, den 10. April 1848.

E. Wachler.

An unsere lieben Landsleute.

Die Breslauer Zeitung Nr. 82 vom 6. April c. enthält einen Artikel von drei Abgeordneten der Landgemeinen unterzeichnet, an die schlesischen Landbewohner, worin sie dieselben in der gegenwärtigen aufgeregten Zeit zur Ruhe und Ordnung auffordern und in zehn Punkten Verheißungen kund geben, die durch die neu zu errichtenden Volks-Repräsentanten in Ausführung gebracht werden sollen. Wir treten der Ermahnung zur Ruhe und Ordnung vollkommen bei, glauben aber, daß zu derartigen Erlasse der ganze Stand der Landgemeinen schon der Wirksamkeit wegen gehört hätte.

Was hingegen die aufgestellten 10 Gesetzes-Vorlagen betrifft; so hegen auch wir den aufrichtigen Wunsch, daß unsern lieben Landsleuten Abhülfe von drückenden Abgaben aller Art geschehen möchte, und wohnen auch unsere bei den hohen Behörden gemachten Anträge schon ergangen sind, überzeugen uns aber auch, daß zum größten Theil die genannten Gegenstände einer reiflichen Ueberlegung und Begutachtung der künftigen Volks-Vertreter bedürfen, namentlich daß die realen von den willkürlichen Dominal-Abgaben erst gesondert, regulirt und im Wege der Gesetzgebung theils Abschaffung theils Erleichterung geschafft werden müsse, und daher solche nicht sofort aufgehoben werden können.

Diesen ordnungsmäßigen gesetzlichen Weg wollen unsere lieben Landsleute ruhig abwarten, und wir können ihnen die Versicherung geben, daß auf diesem Wege den Bedürfnissen Abhülfe geschehen wird. In diesen Genuß können sie alsdann mit Recht eintreten,

weil sie die Gesetze zur Seite haben, dagegen alle, die mit Gewalt erzwungenen Abgaben-Aufhebungen, nicht im Genuß des Rechts genießen können.

Auch wir haben die von unseren Committenten erhaltenen Petitionen an das betreffende Ministerium abgegeben, und die Beseitigung drückender Uebelstände an geeigneter Stelle zur Sprache gebracht, die Abstellung beantragt, und es können unsere lieben Landsleute versichert sein, daß wir nicht minder mit Energie ihre Rechte wahrzunehmen bemüht sein werden.

Breslau, den 8. April.

Die Abgeordneten der schlesischen Landgemeinden:

Göllner. Meyer. Hahn. Seidel. Scupin. Probst. Neumann. Thomas. Röhrig. Meyer. Neumann. Cochlovius.

Neue und wichtige Anwendung des Zink.

Der Zink, diese reiche Quelle des Wohlstandes für Schlessien hat in dieser letzten Zeit eine so bedeutende Preis-Erniedrigung erfahren, daß für seine Weiterverwendung sogar mancher Zweifel entstanden ist und man sagt, die Hüttenwerke außer Thätigkeit gerathen dürften. Es ist zwar mehr als wahrscheinlich, daß dieser Zustand nur ein vorübergehender sein werde, dennoch wird es gewiß nicht unwichtig sein, auf eine neue Art des Gebrauchs dieses nützlichen Metalls aufmerksam zu machen. Hierzu werden sich die Zink-Dröbe vorzugsweise empfehlen. Bekanntlich ist das Bleiweiß ein Farbestoff, der für den technischen Gebrauch eine der ausgedehntesten Anwendungen gefunden hat. Es ist aber eben so bekannt, welche Nachteile sich bei der Verarbeitung des Bleiweißes nach allen bekannten Methoden und seiner verschiedenartigen Anwendung ergeben, und wie vieler Menschen Gesundheit hierdurch zu Grunde geht, und noch ist es nicht gelungen, diesen großen Nachtheilen zu begegnen. Die treffliche Schrift von Tanquerel des Planches über „die Bleikrankheiten“ eröffnet uns hierüber in neuester Zeit eine sehr trübende Aussicht. Herr Leclair, Häufmaler von Profession, hatte seit längerer Zeit mit Lösung der Aufgabe beschäftigt, die schädlichen Farbestoffe im technischen und künstlerischen Gebrauch durch unschädliche zu ersetzen. Das hat ihn denn darauf hingeführt, anstatt des Bleiweißes das Zinkweiß (Zinkoxyd) anzuwenden und er hat eine Entdeckung der pariser Akademie vorgelegt, die eine Commission aus den Herren Thenard, Chevreul und Dumas zur Prüfung dieser Entdeckung niedergesetzt hat, die auch bei dem Monthonschen Preise concurrirt hat. Ist nun — wie bereits verlautet — diese Entdeckung begründet, so eröffnet sich für den Verbrauch des Zink eine ganz neue Aussicht. Einmal schon deshalb höchst wichtig, weil sich weder bei der Fabrikation des Zinkes (Zinkoxyds, Zinkweißes) noch bei dessen Verarbeitung im Gewerbe und der Kunst irgend ein Umstand ergibt, welcher der menschlichen Gesundheit nachtheilig wäre, indem auch bei Abschlebung der fremdartigen Stoffe, unter denen der Urzen noch am meisten zu berücksichtigen sein dürfte, jede Gefahr völlig zu vermeiden ist; also schon hierin läge ein großer Gewinn. Noch mehr aber würde das Gewerbe gewinnen und da sich das Material auf verschiedenen Wegen, ohne große Schwierigkeit, gewinnen läßt, und der Gewinn ein sehr bedeutender ist, da ferner der Verbrauch würde durch ihn das Bleiweiß ersetzt, ein sehr großer sein müßte, so eröffnete sich bei der Zinkfabrikation eine neue, fast unversehbare Quelle des Absatzes. Kann an dieser Stelle auf die Erörterung der Frage, wie das Zinkweiß in den technischen Gebrauchen angewendet werden kann, um so weniger eingegangen werden, als das technische Verfahren des Entdeckers noch unbekannt ist, unstreitig aber in dieser nächsten Zeit veröffentlicht werden wird. Die wissenschaftlichen Untersuchungen wird man bereits in unsern chemischen Schriften finden (Duflos, Graham, Runge) und gewiß wird unser geheimer Mitbürger Herr Professor Duflos, der sich schon so mannigfach durch seine Forschungen auch dem Gewerbe nützlich gezeigt hat, angeregt finden, diesem wichtigen Gegenstande seine Aufmerksamkeit zu widmen.

Nachricht für die Herren Zinkproduzenten.

Einer hierher gelangten Mittheilung aus England zufolge sind in Nordamerika Versuche gemacht worden, dem gewählten Zinkbleche durch eine noch als Geheimniß betrachtete Behandlung desselben diejenige Eigenschaft zu geben, die es befähigt, das bisher allein angewendete Kupferblech zum Beschlagen der Seeschiffe zu ersetzen. Diese Versuche sind mit dem glücklichsten Erfolge gekrönt worden und es liegt auf der Hand, welchen unberechenbaren Einfluß die Verbreitung dieses Verfahrens auf die Zinkkonsumtion äußern dürfte.

Breslau, 10. April. Das Gerücht, welches sich im Publikum verbreitet hat, daß der Konbitor Frank, welcher seit dem 18. Oktober v. J. spurlos verschwunden, in seinem Keller erhängt gefunden worden ist, (Fortsetzung in der zweiten Beilage.)

(Fortsetzung.)

unwahr und wahrscheinlich von Jemandem erbacht, welcher auf den Gewerbebetrieb der Frankenschen Konzertoriel einen übeln Einfluss üben will.

Am 8. d. früh gegen 6 Uhr wurde in dem Hause Nr. 1a in der Gräbnerstraße ein Schuß gehört und bald darauf hinter einem Haufen Bretter ein junger Mensch von 15 Jahren erschossen gefunden. Um die That auszuführen, hatte er die seinem Herrn zugehörige Muskete mit Schroot geladen und nachdem er sich des Stiefels und des Strumpfes des rechten Fußes entledigt, das Geschöß mit der Behe abgedrückt. Die Ursache seiner Selbstentlebung ist unbekannt.

Im vorigen Monat haben das hiesige Bürgerrecht erhalten: 1 Goldschläger, 9 Kaufleute, 1 Schneider, 5 Schuhmacher, 4 Hausacquirenten, 1 Viktualienhändler, 1 Restaurateur, 1 Handelsmann, 1 Schankwirth, 1 Schlosser, 1 Puzwaarenhändler, 1 Bäcker, 1 Leinwandhändler, 1 Holzhändler, 1 Tischler, 1 Sattler, 1 Klempner, 1 Agent, 1 Kürschner, 1 Stubenzvermieter, 1 Uhrmacher, 1 Fleischer, 1 Kretschmer und 1 Lohnkutscher. Von diesen sind aus den preussischen Provinzen 38 (darunter aus Breslau 10) und aus österreichisch Schlesien 1.

Theater.

(Bechluss des gestern abgebrochenen Artikels.)

Im Ganzen hat Flotow zu lieblich daran gedacht, das sein Buch aus der Idee eines Ballets hervorgegangen ist, und wie man einem Menschen, sagt man, das frühere Gewerbe immer wieder abmerkt, so hört man der Musik hier zu deutlich das Ballet an; denn nach allen Nummern ließ es sich sehr gut tanzen; auch findet man leicht heraus, daß der Komponist sein Werk in Wien geschrieben hat, wo Strauß und Lanner herrschen und wo die Lüste, wie den alten Weibersommer, abgerissene Fäden von Walzern und Ländlern mit umherschwirren; kein Wunder also, wenn sie auch in die Feder des Komponisten sich eingestohlen haben. Indessen haben einige Stücke gerechten Anspruch auf eine höhere Würdigung; so nennen wir nur z. B. das Spinquartett, interessant und eigenthümlich; eine Arie der Lady im letzten Akt, ein krauses, aber pikantes Arabeskenstück und eine Arie des Lyonel im dritten Akt, die viel Innigkeit ausdrückt; aber als eine recht glückliche Idee des Komponisten müssen wir die Anwendung des so wunderschönen englischen Volksliedes „the last rose of summer“ nennen, welches, um uns eines bezeichnenden, wenn auch schon etwas abgetragenen Ausdrucks zu bedienen, gleich „einem rothen Faden“ durch die ganze Oper zieht. Unser Kapellmeister Seydelmann, wenn wir nicht irren, hat übrigens schon früher in seiner letzten Oper „Kenilworth“ dasselbe Lied in ähnlicher Weise benutzt. Der Ausführung können wir im Ganzen unser Lob nicht verlagern, wenn auch hin und wieder nicht unbedeutende Schwankungen, eine erste Darstellung leidet immer an dergleichen Schwächen, zu Gehöre kamen. Frau Küchenmeister als Lady Harriet hatte ganz in ihrer geistreichen Weise die Rolle aufgefaßt und sie eben so vollendet dramatisch wie musikalisch vorgeführt. Das Letztere verdient hier eine doppelte Anerkennung, denn wenn wir auch den musikalischen Genre mit leicht bezeichnet haben, so ist doch dies durchaus nicht für die Schreibart anzunehmen; im Gegentheil! die Partie der Lady ist äußerst schwierig und unsangbar gesetzt und gleicht mehr, als wäre sie der Violine oder der Flöte zugebach; wie z. B. im Spinquartett und in der erwähnten Arie des letzten Aktes. Mit besonderem Ausdruck und Reiz trug die Künstlerin das englische Nationallied vor und hätten wir um so mehr einen Tacap-Ruf gewünscht, indem dieselbe vielleicht dadurch sich veranlaßt gefühlt hätte, das Lied mit englischem Texte zu wiederholen. Frau Küchenmeister, die längere Zeit in England gelebt hat, weiß daher solche Lieder ganz mit der eigenthümlichen, innigen Weise vorzutragen.

Fräulein Ubrich sang in den ersten beiden Akten noch mit etwas schwacher Stimme, sie entwickelte sich aber im Verlauf der Darstellung mit mehr Sicherheit und ist nicht ohne Anerkennung für die Rolle der Nancy zu lassen. Für Herrn Kahle eignet sich die Partie des Lyonel ganz besonders; sie trägt durchaus einen elegischen Charakter und schließt sich den Partien des Nemorino, Alvin u. s. w. dicht an; das schöne Organ des Herrn Kahle konnte heute eine volle Geltung sich verschaffen; so sang derselbe die Arie im dritten Akt: „Ach, so fromm“ mit großer Innigkeit und schöner Vortragsweise.

Herr Nieger war auch heute recht vorzüglich. Dieser fleißige Künstler verdient immer mehr unsere lebhafteste Anerkennung, da er auch mit jedem Tage mehr fortschreitet und die Kunst im edelsten Sinne sich zur ernstesten Lebensaufgabe gestellt hat. Sein

Spiel zeigte heute eine recht natürliche, ungezwungen und daher wirksame Komik, sowie sein Gesang korrekt und charakteristisch war. Herr Gärtner als Lord Tristan und Herr Puschmann als Richter wirkten nicht unvorthelhaft für das Ganze; obgleich noch viel glücklicher Stoff in der Rolle des Lords liegt, den Herr Gärtner nicht aufzufassen versteht. Unserm Herrn Kapellmeister Seidelmann müssen wir heute wiederum den Vorwurf der Ueberreizung so mancher Tempi machen; die Sänger können ja in solcher Weise nicht aussprechen. Es erscheint dadurch Alles so hastig, so unklar; es bemächtigt sich dem Hörer selbst durch diese ganz unmotivirte Eile eine solche Unruhe, als dränge es ihn fort, als hätte auch er keine Zeit länger zu bleiben. Auch das Orchester, welches sonst des Lobes vollkommen werth ist, scheint bei den Akkompagnements dergleichen leichter, graziöser Musik, deren ganzer Reiz oft nur in einer schön ausgedrückten Phrase liegt, zu materiell, wenn wir so sagen dürfen, zu Werke zu gehen; wodurch aber jener Reiz, jene Grazie, die der Komponist den Singstimmen zugetheilt hat, gänzlich verloren geht. Warum sich nicht dem Sängern Piano anschließen? warum diese nicht dadurch unterstützen, daß die Instrumentalpartien nur in einer Weise ausgeführt werden, daß diejenigen der Stimmen um so besser und wirksamer hervortreten können? — was überhaupt ja die erste Pflicht eines guten und richtigen Akkompagnements ist. Ist hat irgendwo vorgeschrieben: ppp. quasi niente; wenn wir es auch nicht so weit treiben wollen, so möchten wir aber in vielen Fällen mindestens für pp. stimmen. d.

* **Piegnitz, 9. April.** Gestern fand abermals eine Volksversammlung im Badhause statt. Eine Stimme aus der Versammlung verlangte, daß auch dem beratenden Ausschusse des deutschen National-Convents zu Frankfurt a. M. durch eine Zuschrift die Willensmeinung der hiesigen Einwohnerschaft in Bezug der Parlaments-Deputation durch den gegenwärtigen Landtag bekundet werde und bat um die Erlaubniß, einen für diesen Zweck angefertigten Aufsatz vorlesen zu dürfen. Derselbe enthielt in kurzen aber bestimmten Ausdrücken die Bitte, daß die auf so ungesetzlichem Wege gewählten preussischen Deputirten von dem deutschen Parlament nicht anerkannt werden möchten. Diese Adresse wurde ebenfalls angenommen und unterzeichnet. Nach noch verschiedenen Erörterungen wurde die Versammlung geschlossen und die nächste für künftigen Dienstag im Saale des deutschen Kaisers festgesetzt.

* **Piegnitz, 9. April.** Heute ist der Befehl hier eingetroffen, ein Reiter-Geschwader von 50 Pferden aus der hiesigen Landwehr-Eskadron unter einem Lieutenant mobil zu machen. Diese Kolonne soll statt der Infanterie von jetzt ab den Regierungsbezirk durchkreuzen und etwaige Unruhen beseitigen. Gegen Mittag kam das letzte Detachement Infanterie von unserer Garnison aus dem Löwenberger Kreise zurück, wohin sie vor etwa 8 Tagen marschirt n. Dasselbe soll nirgends auf Unordnungen gestoßen sein.

IV. **Glogau, 9. April.** Hüt Vormittag wurde auf mehr denn 100 Wagen das 2. Bataillon des 7. Lin.-Infant.-Regim. (Schweidnitzer) nach Posen befördert, wo es morgen früh 4 Uhr eintreffen soll. — Die, vor ungefähr 8 Tagen hier eingetroffenen, Rekruten der Artillerie sollen — höherem Befehle zu Folge — in den nächsten 3 Wochen ausgerüstet sein. Eine Abtheilung der hiesigen Artillerie mit 8 Geschützen wird in diesen Tagen ausrücken. Das Hirschberger Landwehrbataillon, am 3. mit der Eisenbahn hier eingetroffen, ist am Freitag in Posen eingedrückt. Das glogauer Landwehr-Bataillon, in Posen stehend, soll viele Kranke haben, weswegen heute wieder einige hundert Wehrmänner hier ausgehoben und zur Ergänzung künftige Mittwoch nachgehen werden. Das 18. und 19. Landwehr-Regiment aus dem Großherzogthum soll hier nächsten eintreffen. Viele der Flüchtigen haben uns in diesen Tagen wieder verlassen. — Die Ruhe unserer Stadt ist eine lobenswerthe.

I **Brieg, 9. April.** Heute Mittag gegen 12 Uhr zog ein starkes Gewitter von Westen her auf uns zu und entlud sich über der Stadt mit einer solchen Masse von Hagel, daß noch am Abend ellenhohe Haufen desselben an Orten lagen, wo ihn der Wirbelwind zusammen gefegt hatte. Die einzelnen Körner hatten die Größe der Haselnüsse und haben an Fenstern einen unglaublichen Schaden angerichtet. In großen Gebäuden sind mehrere hundert von Scheiben zerschlagen. — In dem Fortgang der Bürgerbewaffnung und Einübung der Mannschaften zeigt sich viel Eifer und Gemeinfinn. Eine Nachricht in dem heutigen Stück der Breslauer Zeitung wärmt den Soldatenkrawall nochmals auf; das wäre zu ertragen; daß aber der Artikel seiner ganzen Fassung nach bestimmt scheint, den besänftigten Groll zu

erneuern und dauernd zu machen, hat große Mißbilligung erregt. Groß ist auch hier die Entrüstung über die Landtags-Deputirten im Allgemeinen und den unsrigen insbesondere; man glaubt, daß die Herren nur darum so lange geblieben sind, um sich gegenseitig zum deutschen Parlament nach Frankfurt zu wählen.

* **Reiffe, 8. April.** Auf Requisition der Ortsbehörde ist heute Nachmittag ein Kommando Infanterie auf zwei vierspännigen Wagen nach Winkel abgegangen. Gestern Abend ist in Ottmachau ein junger Mann, der aus Oesterreich herübergekommen war, um, wie es heißt, zu einem Plünderungszuge zu werden, verhaftet worden. Gewiß ist, daß einem Gutsbesitzer durch einen seiner Leute die Absicht zu einem derartigen Unternehmen entdeckt worden ist. Der Zug soll aus Oesterreich herüberkommen, und sich im Preussischen bis auf 300 Mann verstärken, zu welchem Zweck schon seit mehreren Tagen Vagabonden zu uns herüberkamen, Gesinnungsgenossen zu werden. Nach den erhaltenen Nachrichten wollte man morgen losbrechen, und zunächst Ottmachau, Friedrichsdorf, Schwammelsdorf und andere Dörfer überfallen und plündern. Vielleicht wird die gestrige Verhaftung diesen tollkühnen Streich vereiteln; man hat jedoch Vorkehrungen getroffen. — Herr Heinisch hat es endlich, und zwar mit der allerletzten Vorstellung gewagt, den Günstling auszuführen, jedoch mit Weglassung des Zuzuges auf dem Theaterzettel: oder „Keine Jesuiten mehr.“

Mannigfaltiges.

— (Leipzig.) Das hiesige Bankhaus Hammer und Schmidt hat sich genöthigt gesehen, seine Zahlungen zu suspendiren, ungeachtet dasselbe im gegenwärtigen Momente ein reines Vermögen von nahe 400,000 Thlr. in Werthschaften, freilich aber nicht in Baarschaft, besitzt. Seine Gläubiger werden schwerlich einen Verlust erleiden, zumal wenn sie ihre Interessen denjenigen Männern, welche das Curatorium der Liquidation übernehmen, ruhig anvertrauen, wie sie es bei deren Ehrenhaftigkeit und Befähigung vermögen. (L. Z.)

— (Karlsruhe.) Unsere beiden Markgrafen haben erklärt, daß sie, wenn es je zur Unterdrückung eines innern Feindes kommen sollte, dabei nie Dienste leisten würden, in einem solchen Falle also an ihrer Stelle andere Befehlshaber nöthig würden.

— (Koblenz.) In Betreff der bisher gezahlten unverhältnismäßig hohen Militärpensionen wird uns versichert, daß der Herr General von Müßling in Hirschheim bereits mit einem guten Beispiele vorangegangen sei, indem er sich mit 2000 Rthlrn. jährlich begnügen wolle und deswegen auf 4000 Rthlr. freiwillig Verzicht geleistet habe. Auch von unsern neuen Ministern heißt es, sie seien entschlossen, wohlfeiler als ihre Vorgänger dem Staate zu dienen und sich mit 3000 Rthlrn. (statt 12,000) begnügen zu wollen. (Rh.-u. Mos.-Z.)

Oberschlesische Eisenbahn

In der Woche vom 2. bis 8. April d. J. wurden auf der Oberschlesischen Eisenbahn 8845 Personen befördert. Die Einnahme betrug 15954 Rthlr.

Im Monat März d. J. benutzten die Bahn 30674 Personen. Rthlr. Sgr. Pf. Die Einnahme betrug 20,334 22 2

Für Vieh- und Equipagen-Transport und Güter-Fracht (156,437 Ctr.) wurden eingenommen 37,381 28 1

Uebershaupt im Monat März 57,716 20 3

Reiffe-Brieger Eisenbahn.

In der Woche vom 2. bis 8. April d. J. sind auf der Reiffe-Brieger Eisenbahn 1051 Personen befördert worden. Die Einnahme betrug 557 Rthlr.

Im Monat März benutzten die Bahn 4,423 Personen, wofür die Einnahme betrug 1,738 8 —

Für Vieh- und Equipagen-Transport und 9,201 Ctr. Güterfracht wurden eingenommen 690 1 6

Uebershaupt im Monat März 2428 9 6

Kraus-Oberschlesische Eisenbahn.

In der Woche vom 27. März bis 2. April wurden befördert 1495 Personen, 4803 Centner Güter, eingenommen 1600 Rthlr.

Im Monat März benutzten die Bahn 5137 Personen und wurden Güter befördert 12,473 Ctr. Die Einnahme betrug 5233 Rthlr.

Breslau-Schweidnitz-Freiburger Eisenbahn.

Auf der Breslau-Schweidnitz-Freiburger Eisenbahn wurden in der Woche vom 2. bis 8. April d. J. 3691 Personen befördert. — Die Einnahme betrug 3228 Rthl. 26 Sgr. 3 Sgr.

Wilhelms-Bahn.

Im Monat März fand auf der Wilhelms-Bahn folgende Frequenz statt. Es wurden befördert:

5472 Personen für	3066 Rthl. 22 Sgr. 6 Pf.
Gepäck für	173 = 24 = 6 =
Hunde für	2 = — = — =
Pferde und andere Thiere für	97 = 20 = — =
Equipagen für	136 = 20 = — =
30793 Centner Fracht für	2862 = 20 = 3 =
Gesammt-Einnahme	6339 = 17 = 3 =

Verzeichnis

derjenigen Schiffer, welche am 9. April Glogau stromaufwärts passirten.

Schiffer oder Stenermann	Laadung	von	nach
E. Kufiede aus Krossen,	Getreide	Krossen	Breslau.
C. Neumann aus Neusalz,	Kartoffeln	Frankfurt	dto.
B. Gubisch aus Glogau,	Zuckerformen	Glogau	dto.
G. Tschetsch aus Ragdort,	Getreide	Frankfurt	dto.
K. Stolpe aus Steinau,	Roggen	Berlin	dto.
L. Wiene aus Krossen,	dto.	dto.	dto.
A. Pfeffe aus Neusalz,	Roggen	Stettin	dto.
Fr. Kamelt aus Beuthen,	Zucker	Berlin	dto.
G. Hanevald aus Steinau,	Siedesalz	Stettin	dto.
G. Wende aus Nimkowitz,	dto.	dto.	dto.
Fr. Bohn aus Stettin,	Kartoffeln	Frankfurt	dto.
A. Kunicke aus Frankfurt,	dto.	dto.	dto.
D. Pfeffe aus Neusalz,	Roggen	Berlin	dto.
H. Große aus Schwusen,	dto.	Glogau	dto.
Wage aus Turje bei Ratibor,	dto.	dto.	dto.
J. Matuschke aus Kofel,	Erbsen, Gerste	dto.	dto.
C. Brede aus Fürstenberg,	Kartoffeln	Frankfurt	dto.
G. Lange aus Fürstenberg,	dto.	dto.	dto.
Fr. Jansch aus Krossen,	Getreide	Stettin	dto.
W. Schulz aus Krossen,	Rohseifen	dto.	dto.
Klugert aus Krossen,	Kartoffeln	Frankfurt	dto.
Flau von Bötzenhagen,	dto.	dto.	dto.
G. Werner aus Neusalz,	Getreide	Berlin	dto.
Fr. Geißler aus Landsberg,	Kartoffeln	Frankfurt	dto.
L. Weigler aus Aufhult,	Getreide	Magdeburg	dto.
W. Prieske aus Stettin,	dto.	Stettin	dto.
C. Dollien aus Stettin,	dto.	dto.	dto.
H. Schmidt aus Neusalz,	dto.	dto.	dto.
G. Wenz aus Krossen,	Erbsen	Posen	dto.
W. Fischer aus Stettin,	Roggen	dto.	dto.
Schulz aus Breslau,	dto.	dto.	dto.

Berichtigung. Der in Nr. 81 der Schles. Ztg. (1. und 2. Beilage) enthaltene: „Schlesische Landbewohner“, überschriebene Zurs ist von den Herren „Ansch, Berndt, Krause“ ausgegangen, weshalb der dort unterschriebene Name „Bonnet“ in „Berndt“ zu errichten ist.

Inserate.

Auf den Wunsch der Gemeinden von Domange, Hohen-Poseris und Buschmühl bringe ich mit wohlthunendem Gefühl nachstehendes an sie gerichtete Schreiben zur öffentlichen Kenntniss.

Breslau, den 10. April 1848.

Graf Brandenburg,

Königlicher Generalleutnant und Kommandirender General des 6ten Armeekorps.

Zu meiner großen Freude ist mir die Erklärung der Gemeinden von Domange, Hohen-Poseris und Buschmühl zugegangen, wonach sie entschlossen sind, von dem gesetzlichen Wege nicht abzuweichen und die Entscheidung über ihre etwaigen Wünsche in Betreff der Ablösungen den bevorstehenden Regierungsmaßregeln überlassen zu wollen. In den gegenwärtigen Augenblicken der Aufregung gereicht das den Gemeinden zur größten Ehre und können sie wohl versichert sein, daß sie, so weit es an mir liegt, von diesem Verhalten nur Vortheil ernten sollen. — Ich wünsche, daß mit meinem besten Gruß und Dank Vorstehendes den mehr erwähnten Gemeinden bekannt gemacht werde, mit dem Bemerkung, daß ich nie ein anderes Benehmen von ihnen erwartet habe, da sie mir während der Zeit meines Besizes der betreffenden Güter immer nur von der ehrenwerthesten Seite bekannt geworden sind.

Breslau, den 30. März 1848.

gez. Graf Brandenburg.

An

die Gemeinden von Domange, Hohen-Poseris und Buschmühl.

In den letzten Nummern dieser Zeitung haben einige Gutsbesitzer das Wohlverhalten und musterhafte Benehmen der Bewohner der bezüglichen Ortschaften rühmlichst anerkannt. — Es dürfte hiernach der Vermuthung Raum gegeben werden, als ständen in der jetzt so bewegten Zeit diese Beispiele nur vereinzelt da, und fühle ich mich daher veranlaßt, hierdurch zur öffentlichen Kenntniss zu bringen, daß in dem Militsch-Trachenberger Kreise, welcher 4 Städte und 138 Dörfer mit 52,000 Seelen umfaßt, auch nicht ein tumultuärer Ausbruch vorgekommen ist, und die bürgerlichen Stellenbesitzer dadurch bewiesen haben, wie sehr sie von dem klaren Bewußtsein durchdrungen sind, daß sie nur auf gesetzlichem Wege die Erfüllung der in ihnen rege gewordenen Wünsche erwarten können.

Militsch, den 9. April 1848.

Königl. Kreis-Landrath von Schellha.

Einladung.

Die erste Versammlung des constitutionellen Vereins findet

am 12ten d. M. Abends 7 Uhr im Wintergarten

statt. Die Legitimation der Erscheinenden wird nach den Listen, welche fortwährend zur Einzeichnung im Börsen-Lokale ausliegen, geführt.

Gegenstände der Verhandlung:

- 1) Gestaltung und Programm des Vereins.
- 2) Politisch-soziale Fragen der Gegenwart.
- 3) Umgestaltung der Städte-Verfassung.

S. Gräff. Th. Molinari.

Giebts denn kein Mittel, den gesprächigen Landtag endlich auseinanderzubringen?

Ja wohl!

- 1) Man verweigere den Abgeordneten die Zahlung der Diäten von dem Tage an, an welchem sie ihren Auftrag — über das Wahlgesetz zu beraten — überschritten haben.
- 2) Man drucke ihre liebäugelnden Reden nicht mehr, oder verwerfe sie beim Abdruck aus beklagenswerthem Mißverständniß die Namen der Redner, z. B. statt v. Thadden setze man Siebig u.

In der Berliner Voss. Zeitung Nr. 78 vom 1. April d. J. lesen wir einen Aufsatz, der wörtlich lautet:

„Wir weisen die Sprache derer zurück, welche ohne die Meinung der Landbewohner gefragt zu haben, sich als das preussische Volk, und ihre Ansichten als die des gesammten Volks darstellen. Wer in unsere Herzen schaut, wird darin nur die Gefühle treuer alter Anhänglichkeit des Brandenburgers an das königl. Haus Hohenzollern finden, und diese sind es, die wir hier ausdrücken wollen. Eben so offen wollen wir aber auch den Gedanken aussprechen, daß wir im Vertrauen auf unsern König, die Verwirklichung aller billigen Anforderungen einer gebieterischen Gegenwart, eines nicht zu hemmenden Zeilaußs, ohne welche die Wiederholung des Sommers der neuesten Vergangenheit unaussprechlich ist, von seiner Weisheit erwarten. Unser Blick ist nach den entschiedensten Fortschritten, die zum Glück aller führen können, gerichtet, aber im Wege gesetzlicher Ordnung, dem Wege, den die Gesetze Gottes und aller rechtlichen Menschen stets als den allein heilbringenden bezeichnet haben, und von dem abweichend, wir kein Heil erwarten. Vor Allem wollen wir es laut aussprechen, daß wir dem Könige als angestammten Herrn treu anhängen, und daß wir alle Versuche irre geleiteter oder Uebelwollender, eine andere Regierungsweise als die eines streng verfassungsmäßigen Königthums herbeizuführen, zurückweisen. Aber nicht durch Blut und Gewalt hoffen wir den Rechten den Sieg zu verschaffen, sondern durch die laute und zwanglose Sprache des Rechtes, die bei ruhiger Ueberlegung selbst bei denen Anklang finden wird, die vielleicht jetzt die Gegner unserer Ansichten und die Verfechter der Schritte sind, die uns mit Kummer erfüllen.“

Neu-Ruppin, den 30. März 1848.“

Folgen die Unterschriften.

Indem dies nun auch unsere Ansichten sind, treten wir vorstehender Erklärung aus voller Ueberzeugung bei.

Lüben, den 3. April 1848.

v. Sydow. Hanel. v. Uechtritz I. Graf Schmettow. v. Zastrow. J. Beloch. W. S. v. Nicksch. v. Kising. Raabe. v. Böhlen. v. Winterfeld. Hanke. Graf Baronsleben. Bellay. v. Raumer. H. v. Raumer. Graf zu Dohna. Graf v. Rostk. Gerdsdorf. Schwarz auf Braunau. v. Palisch. Krause. Beiffert. C. Lange. Britt. C. v. Lüttwitz. Rothenbach. Richter. R. v. Nicksch. v. Uechtritz II. v. Nicksch.

Wenn in gegenwärtiger Zeit Gemeinden zugehen, daß sie Achtung vor den Gesetzen haben, nicht von diesen abweichen, sondern die Entscheidung ihrer etwaigen Wünsche den Staats-Behörden überlassen, ohne im mindesten eine anmaßend und unbillige Anforderung zu thun, Alles ruhig abwarten, so muß dieß auch veröffentlicht werden.

Dies von meinen lieben Gemeinden Protzsch und Weide hierdurch öffentlich dankbar anerkennend, füge ich den Wunsch bei, daß sie auch ferner ein Vorbild mitbleiben mögen.

S o h n.

Bitte um Antwort.

Sind die dormaligen Stadtverordneten, nach der letzten Debatte über den Landtag, noch ferner möglich?

Dank und Bitte.

Gewiß im Sinne aller Anwesenden sprechen wir durch diese Zeilen der trefflichen Künstlerin, Fräulein Bruns aus Berlin, unsern tiefgefühlten Dank für den Genus aus, welchen sie am vergangenen Sonntag, Nachmittag in hiesiger Katharinenkirche durch ihren Vortrag einiger Passionsgesänge uns verschafft hat. Die kunstvollen Klänge der blinden Sängerin, die bei ihr aus dem innersten Heiligthum des Herzens herauströnten, sie sind auch den Hörern mit eben so erschütternder als erhebender Kraft bis tief in das Innere gedrungen. Auch Herrn Organist Seibel hiermit unsern öffentlichen Dank für die so würdige Orgelbegleitung, durch welche er die Leistungen der genannten Künstlerin unterstützte.

Wir fühlen uns zu diesem Danke noch insbesondere verpflichtet, je mehr die erste Anspruchslosigkeit und Uneigennützigkeit der anderwärts schon vielfach berühmten Künstlerin die vollste Anerkennung verdient. Wenn wir endlich diesem Danke die Bitte hinzufügen, daß derselben gefallen wolle, uns während der Dauer ihres Aufenthaltes in hiesiger Stadt noch einen ähnlichen Genus zu verschaffen, so thun wir dies namentlich auch deshalb, weil bei gänzlicher Unterlassung einer öffentlichen Anzeige jener erstere nur einem verhältnismäßig sehr kleinen Kreise zu Theil ward.

Warum liefern die hiesigen Bäcker noch immer nicht größeres Brot, während man aus der niedriger Gegend, per Eisenbahn bezogen, ausgezeichnet schöne und bei gleichen Preisen unverhältnismäßig größere Waare, für welche außer der Steuer doch auch noch die Fracht bezahlt werden muß, täglich Weißgerber- und Nikolaistraßen-Gasse Nr. 13 bei Frau Menzel hier selbst bekommen kann?

Ein Consument.

Die Zeitungs-Commandite Dhlauerstraße Nr. 38 ist von heute ab verlegt nach der Dhlauerstraße Nr. 36 bei Herrn C. S. Felsmann.

Die Expedition der Breslauer Zeitung.

Stettiner Strom-Versicherungs-Gesellschaft.

Die Zinsen und Dividende der Aktien pro 1847 werden vom 11ten bis 20. April, Sonntag ausgenommen, früh von 9 bis 12 Uhr ausgezahlt von Breslau, den 10. April 1848.

C. J. Gerhard und Comp.

Im jetzigen Augenblicke von höchster Wichtigkeit.

Bei J. A. Mayer in Rachen ist so eben erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben, in Breslau bei Graf, Barth und Comp., Hirt, Marx und Komp.:

Welche Maßregeln

hat Deutschland in militärischer Beziehung in diesem Augenblicke zu ergreifen?

von Hugo von Hasenkamp.

8. geh. Preis 5 Sgr.

Theater-Aktien-Verein.

Zur diesjährigen ordentlichen Generalversammlung, so wie zur Beschlussnahme über den von den Herren Theater-Pächtern gestellten Antrag, den bestehenden Pachtvertrag aufzuheben, und ihnen den laufenden Pachtzins zu erlassen, laden wir die Herren Aktionäre auf den 22. April, Nachmittags 4 Uhr, im Börsenlokale ergebenst ein. Abwesende sind an den durch Stimmenmehrheit der Erscheinenden gefassten Beschluss gebunden.

Direktorium des Theater-Aktien-Vereins.

Weser-Zeitung.

Indem wir zur Anzeige bringen, daß durch Erlass des Ministeriums des Innern das Verbot dieses Blattes für die preussischen Staaten aufgehoben ist, erlauben wir zum Abonnement auf die Weser-Zeitung für das mit dem 1. April begonnene Quartal einzuladen. Probenummern sind durch sämtliche königl. preussische Postamt-Zeitungs-Expeditionen zu beziehen.

Bremen, den 4. April 1848.

C. Schünemann's Verlagsbuchhandlung.

Berlin's erstes und größtes Damen-Mantel-Magazin, Dhlauerstraße im Gasthof zum blauen Hirsch, eine Treppe, ist durch eine neue Zuführung von eleganten Frühjahrs-Manteln, Mantillen, Enveloppes, Wäffes und Paletots wieder sehr reichhaltig sortirt, und wird der Verkauf noch einige Tage zu sehr billigen Preisen fortgesetzt.

Substitutions-Bekanntmachung.

Zum nothwendigen Verkaufe des hier auf dem Universitätsplatze Nr. 19 belegenen, dem Stellmachermeister Carl Albert Mälin gehörigen, auf 3655 Rthlr. 24 Sgr. 10 Pf. geschätzten Hauses haben wir einen Termin auf den

11. Juli 1848 Vormittags um 11 Uhr

vor dem Herrn Ober-Landes-Gerichts-Assessor Fürst in unserem Parteien-Zimmer anberaunt.

Eare und Hypotheken-Schein können in der Substitutions-Registratur eingesehen werden. Zu diesem Termine wird die verwittw. Kammerer Kiemann, Susanne Dorothea, geb. Forke, hierdurch vorgeladen.

Breslau, den 29. März 1848.

Königl. Stadtgericht. II. Abtheilung.

Bekanntmachung.

Am 14. d. M. Vormittags 10 Uhr werden im hiesigen Geschäfts-Lokale 25 Tonnen Kehl- und öffentlich an den Meistbietenden gegen gleich baare Bezahlung verkauft.

Breslau, den 7. April 1848.

Königl. Haupt-Steuer-Amt.

Jagd-Verpachtung.

Zur anderweiten Verpachtung im Wege des Meistgebots, der zur diesseitigen Forstinspektion gehörigen, in diesem Jahre pachtlos werdenden königlichen Jagden und zwar auf den Feldmarken:

- A. Im Kreise Ohlau:** 1. Bulchau, 2. Radlowitz, 3. Stadt Wansien.
B. Im Kreise Strehlen: 4. Zellene.
C. Im Kreise Schweidnitz: 5. Mischelsdorf, 6. Ströbel.
D. Im Kreise Breslau: 7. Althof, Schwentnick und Groß-Schans, 8. Radwanitz, 9. Koppeline und Mandelau, 10. Wilkowitz.
E. Im Kreise Polnisch-Wartenberg: 11. Münchwig

sind folgende Termine anberaunt:

- I. für die Jagden ad 1, 2 und 10 Montag den 1. Mai d. J. im Gasthofe am Bahnhofe in Ohlau,
 II. für die Jagden ad 3 und 4 Sonnabend den 6. Mai d. J. zu Strehlen im Gasthofe zum Fürsten Blücher,
 III. für die Jagden ad 5 und 6 Freitag den 5. Mai d. J. in Zobten im Gasthofe zur Krone,
 IV. für die Jagden ad 7, 8 und 9 Mittwoch den 3. Mai d. J. zu Breslau, Ritterplatz Nr. 8, eine Treppe hoch.
 V. für die Jagd ad 11 Sonnabend den 13. Mai d. J. zu Reichthal in der goldenen Krone.

Sämmtliche Termine beginnen Vormittags 11 Uhr und werden Mittag 12 Uhr geschlossen. Die Verpachtungs-Bedingungen werden im Termine vorgelegt und wird nur bemerkt, daß die Ausbietung der Jagden alternativ auf 6 und 12 Jahre erfolgen soll.

Brieg, den 31. März 1848.

Der königliche Forstmeister Schindler.

Nachlass-Theilung.

Die bevorstehende Theilung des Nachlasses des am 12. Juni 1844 zu Weichowig verstorbenen Bauergutesbesitzer Mand Giller und dessen am 12. April 1846 gleichfalls dort verstorbenen Ehefrau Barbara, geb. Diercke, wird den unbekannten Gläubigern in Gemäßheit des § 137 seq. tit. 17, Theil I. des Allg. L.-R. hiermit bekannt gemacht.

Krieblowitz, den 8. März 1848.

Das Gerichts-Amt für Weichowig und Probstei.

Pferde-Auktion.

Auf den 18. dieses Monats Vormittags 10 Uhr sollen von dem Unterzeichneten hier vor dem Rathhause zwei dunkelbraune Wagenpferde mit Sternen, 5 Fuß 2 Zoll groß, eine Stute im Alter von 8 Jahren, und ein Wallach im Alter von 7 Jahren, gegen baare Bezahlung im Wege der Exekution versteigert werden.

Guhrau, den 9. April 1848.

Der königl. Kreis-Justiz-Rath Schaurich.

Bekanntmachung.

Die Sparperiode für das Jahr 1848 beginnt bei dem 2ten, 3ten, 4ten und 5. Sparverein

Sonntag den 16ten d. M.

Die Spareinlagen, welche bei der hiesigen städtischen Sparkasse zinsbar angelegt werden sollen, können bei den bekannten Bezirksvorständen niedergelegt werden.

Breslau, den 7. April 1848.

Die Direktoren des 2ten, 3ten, 4ten und 5ten Sparvereins.

Verloren

wurde Sonnabend, den 8. Nachmittags in der Klosterstraße ein goldener Damenring, im Innern F. J. S. den 10. Mai 1836 gravirt. Der Finder wird ersucht, denselben gegen angemessene Belohnung Junkernstr. Nr. 35, 3 Treppen hoch, abzugeben.

Neue Sendung sehr schöner

Süßer Meiss. Kesselfinen

empfangen und empfiehlt in Kisten und ausgezählt das Stück von 1 1/2 Sgr. an

Chr. Gunkel, Nikolaistr. 33.

Die erste Sendung 1848r Selter-Brunn

offeriren:

J. W. Schaurich u. Strafa, neue Schweidnitzer Straße Nr. 7, nahe der Promenade.

Muskat-Lünel,

vorzüglicher Qualität, die Flasche 10 und 12 1/2 Sgr., bei **Carl Friedländer,** Blücherplatz Nr. 6, im weißen Löwen.

Die Kupferschmiedestraße und zwar der Theil zwischen der Schmiedebrücke und Odersstraße entbehrt noch eines Lokals, in welchem Butter und gute Milch täglich feil geboten wird. Denjenigen, welche ein dergleichen Verkaufslokal in diesem Stadttheile anlegen wollen, kann ein trockner Verkaufskeller, welcher sofort zu beziehen ist für 1/4 jährlichen Miethzins von 8 Rthl. nachweisen der Fleischermeister **Friedberger,** Kupferschmiedestraße Nr. 37.

Etablissemments-Empfehlung.

Nachdem ich das an hiesiger Stadt befindliche bürgerliche Schießhaus pachtweise übernommen habe, erlaube ich mir, dasselbe einem geehrten Publikum mit der Zusicherung stets prompter Bedienung, guter Speisen und Getränke, bestens zu empfehlen und um recht zahlreichen Zuspruch bitte.

Militzsch, den 4. April 1848.

J. Kopte, Gastwirth.

Samen-Offerte.

Neuen, echt französischen Luzerne-Samen, besten rothen und weißen Klee-Samen, englisch und franz. Raygras, Honiggras, Rnaulgras, Knörrich, Thymothee-Samen, Futterrüben und Leinsamen zur Saat, nebst allen Sorten Forst- und Gartensamereien, sämmtlich von letzter Ernte, empfiehlt billigt:

Carl Fried. Reitsch,

in Breslau, Stockgasse Nr. 1.

Rechte Galläpfel-Dinte,

die Quartflasche 5 Sgr.,

lagert zum Verkauf bei

Eduard Groß, am Neumarkt 42.

Ein in gutem Zustande befindliches **Röhrenlibellen-Niveau** mit Fernrohr wird zu kaufen gewünscht; Offerten bittet man abzugeben Herrenstr. Nr. 20 in der Buchhandlung.

Unterkommen-Gesuch.

Ein solider und geschickter Conditor-Gehülfe sucht baldigst placirt zu werden. Nähere Auskunft hierüber giebt Herr Kaufmann **J. A. Kaps,** Matthiasstraße Nr. 90.

Eine noch rüstige Kinderfrau oder ein Kinder-Mädchen, gefesenen Alters, kann sofort in Dienst treten: Schweidnitzer Stadt-Graben Nr. 10, zwei Treppen hoch.

Eine milchgebende Ziege

wird bald zu kaufen gesucht: Kurze Gasse Nr. 14 a.

Wachtelhunde

sind billig zu verkaufen: Schmiedebrücke 54, im Hofe, 1 Stiege.

Ein leichter Frachtwagen, ein Brettwagen und ein neuer Handwagen stehen zum Verkauf am Wäldchen Nr. 10.

Meine Flügel-Verkaufs- und Verleih-Anstalt ist jetzt Herren-Strasse Nr. 24.

A. Wascher.

Zu vermieten

zwei Wohnungen für den jährlichen Miethzins zu 30 Rthl. und 76 Rthl. Das Nähere beim Wirth Mauritiusplatz Nr. 7.

Zu vermieten

ist Ohlauerstraße 77 eine große Schmiede- oder Schlosser-Werkstatt, auch eine Wohnung von 2 Stuben. Näheres Klosterstraße 56b, bei Werner.

Wohnungen von 70 Rthl. bis 180 Rthl., so wie Remisen, Keller und Pferdeställe sind Ballstraße Nr. 13 und 14 zu vermieten.

Antonienstraße Nr. 30 ist die zweite Etage von Michaelis ab, bestehend in 5 Stuben, Alkove und Küche nebst Zubehör, zu vermieten. Näheres im ersten Stock.

Gute reine Federbetten

werden, um damit gänzlich zu räumen, von heute ab weit unter dem Kostenpreise verkauft in dem Erdgewölbe des Hôtel de Saxe, Schmiedebrücke Nr. 48.

Ein elegantes, beinahe neues **Schauenster** ist in Nr. 4 Sanktstraße eine Treppe hoch zu verkaufen.

Neue Taschenstraße 4

sind Wohnungen zu vermieten und theils jetzt, theils Johannis d. J. zu beziehen. Näheres daselbst im ersten Stock.

Ohlauer Straße Nr. 8

sind Wohnungen zu vermieten und theils jetzt, theils Johannis zu beziehen. Näheres daselbst bei dem Haushälter.

Zu vermieten

sind wegen eingetretener Militärverhältnisse zwei freundliche Vorderstuben an einzelne Herren, zu beziehen den 1. Mai. Näheres beim Schneidermeister **Röbler,** Nikolai-Strasse Nr. 16.

Drei Zimmer und Küche nebst Gartenabtheilung mit Laube sind Kurze Gasse Nr. 1 vom 1. Mai oder Juni d. J. ab zu vermieten.

Zu vermieten Johannis 2 auch 3 Stuben, 1 große lichte Küche mit Ausguss und Gelaß 3 R. hoch im Hofe, Karlsstr. Nr. 46.

Eine Wohnung von 3 Stuben und großer heller Küche, in der ersten Etage, ist Friedrich-Wilhelms-Strasse im Kronprinzen zu Johannis zu vermieten.

Zu vermieten und Johannis zu beziehen ist der zweite Stock von 4 Stuben und Kabinett, im dritten Stock 1 Stube und Alkove, Altbückerstraße Nr. 28, im goldenen Herz.

Tauenzienstraße Nr. 7 sind 1 auch 2 gut möblirte Zimmer bald zu beziehen.

Zu vermieten

ist Schmiedebrücke Nr. 54 die zweite Etage und Term. Johannis zu beziehen; das Nähere im Kaufgewölbe.

Zu vermieten

ist Albrechtsstraße Nr. 14 der erste und dritte Stock nebst Zubehör und zu Johannis oder Michaelis zu beziehen; Näheres im Comtoir daselbst.

Ring Nr. 29,

in der goldenen Krone, ist im 1. Stock eine Wohnung von 6 Piecen ab Michaelis zu vermieten; getheilt wie früher, würden sich diese Lokalitäten zu Handlungsgelegenheiten am besten eignen.

Eine Feuerwerkstätte, wie auch eine Tischler Werkstätte sind zu vermieten und Johannis zu beziehen. Das Nähere Graben Nr. 7 beim Eigentümern.

Zwei große braune Kutspferde, Langschwänze, sind zu verkaufen Kirchstraße 29.

Zu vermieten und Johannis zu beziehen ist Albrechtsstraße 17, Stadt Rom, die erste Etage, bestehend aus 8 Piecen nebst Zubehör. Näheres daselbst oder auch Ring Nr. 31 im Gewölbe bei August Hehn.

Breslau, den 10. April 1848.

(Amtliches Cours-Blatt.) Geld- und Fonds-Cours: Holl. Rand-Dut.									
97 Gld. Kaiserl. Dut. 97 Gld. Friedrichs'or 114 Gld. Louisd'or 114 Br. Poln.									
Court. 92 1/2 Gld. Dester. Bankn. 96 3/4 Gld. Staats-Sch. per 100 Rthl. 3 1/2 % 76 1/2									
Br. Großherz. Pos. Pfandbr. 4 % 86 3/4 Gld., neue 3 1/2 % 69 3/4 Gld. Schles. Pfandbr.									
à 1000 Rthl. 3 1/2 % 89 3/4 Gld., Lit. B. à 1000 Rthl. 4 % 88 1/2 Br., dito à 1000 Rthl.									
85 1/4 Br. Alte poln. Pfandbr. 4 % 82 3/4 Gld., neue 82 3/4 Gld. — Eisenbahn-Aktien: Rhen.									
Bresl.-Schweidn.-Freib. 4 % 76 1/4 Gld. Niederschl.-Märkische 3 1/2 % 60 1/2 Br. Rhen.									
Mindener 3 1/2 % 62 1/2 Gld. Friedr.-Wilh.-Nordb. 32 Gld. — Wechsel-Cours: Amsterdam									
2 Mon. 146 1/2 Gld. Berlin 2 Mt. 99 3/4 Br., f. C. 100 Br. Hamburg									
Mt. 149 1/4 Br. f. C. 150 1/4 Br. London 3 Mt. 6. 26 Br. Wien 2 Mt. 97 1/2 Br.									
(Börsen-Bericht.) Geld-Sorten und Fonds. Holl. u. Kaiserl. vollw. Dut.									
97 1/4 Gld. Friedrichs'or 114 1/4 bez. Louisd'or, vollw. 113 1/2 Br. Dester. Bankn.									
bez. u. Br. Staats-Sch. 3 1/2 % 76 Br. Bresl. Stadt-Obliq. 3 1/2 % 91 Br. Poln.									
Pfandbr. 4 % 87 Gld., 3 1/2 % 69 1/2 — 70 1/2 bez. Schl. Pfandbr. 3 1/2 % 90 bez. u. Gld.									
Lit. B. 4 % 88 bez., dito 3 1/2 % 85 Br. Poln. Pfandbr. 4 % alte 83 Gld., 4 % neue 83									
bez. u. Gld. — Eisenbahn-Aktien: Bresl.-Schw.-Freib. 4 % 76 — 77 bez. u. Gld.									
R.-Schl.-Märk. 3 1/2 % 59 Gld. Ost-Rhein. (Köln-Minden) 3 1/2 % 63 Gld. Friedr.-Wilh.									
Nordb. Zuf.-Sch. 4 % 32 Gld.									

Universitäts-Sternwarte.

S. und 9. April.	Barometer	Thermometer			Wind.	Gewöl.
		3.	2.	feuchtes niedriger.		
Abends 10 Uhr.	27	2, 60	+ 13, 30	+ 11, 4	1, 5	5° SW überw., Regen
Morgens 6 Uhr.		3, 64	+ 12, 35	+ 9, 4	1, 8	24° SW ziemlich heiter
Nachmitt. 2 Uhr.		4, 68	+ 13, 00	+ 10, 9	2, 8	49° E "
Minimum.		2, 60	+ 12, 35	+ 7, 4	1, 5	5° "
Maximum.		4, 72	+ 13, 30	+ 10, 7	2, 8	90° "

Temperatur der Ober + 12, 0

9. und 10. April.	Barometer	Thermometer			Wind.	Gewöl.
		3.	2.	feuchtes niedriger.		
Abends 10 Uhr.	27	5, 18	+ 12, 60	+ 8, 3	1, 4	0° SW halbheiter
Morgens 6 Uhr.		4, 46	+ 11, 40	+ 5, 4	0, 9	7° D fast heiter
Nachmitt. 2 Uhr.		4, 20	+ 13, 35	+ 13, 4	3, 9	13° SW "
Minimum.		4, 04	+ 11, 40	+ 5, 3	0, 9	0° "
Maximum.		5, 18	+ 13, 60	+ 14, 0	3, 9	47° "

Temperatur der Ober + 11, 9

Der vierteljährliche Abonnements-Preis für die Breslauer Zeitung in Verbindung mit ihrem Beiblatt: „Die Schlesische Chronik“ ist am hiesigen Orte 1 Thlr. 27 1/2 Sgr.; für die Zeitung allein 1 Thlr. 15 Sgr. Die Chronik allein kostet 20 Sgr. (incl. Porto und Stempel) 2 Thlr. 20 Sgr.; die Zeitung allein 2 Thlr. 7 1/2 Sgr.;

mit ihrem Beiblatt: „Die Schlesische Chronik“ ist am hiesigen Orte 1 Thlr. 27 1/2 Sgr.; für die Zeitung allein 1 Thlr. 15 Sgr. Die Chronik allein kostet 20 Sgr. (incl. Porto und Stempel) 2 Thlr. 20 Sgr.; die Zeitung allein 2 Thlr. 7 1/2 Sgr.;